

# DER NAHE OSTEN

## Historische Wurzeln eines weltpolitischen Konflikts

M 1

Der Nahostkonflikt zwischen Israel, den Palästinensern, Iran und den arabischen Staaten ist ein außergewöhnlich komplexes historisches Phänomen: Seine Ursprünge reichen weit zurück bis in die Antike. Er gehört ebenso zur jüdischen wie auch zur arabischen Geschichte. Seine Entwicklung seit Ende des 19. Jahrhunderts ist geprägt durch den europäischen Imperialismus, den Zionismus als jüdische Nationalbewegung und einen wachsenden Nationalismus in der arabischen Welt. Verschärft wurde der Konflikt, der zunächst einen reinen Interessengegensatz um territoriale Ansprüche beinhaltete, durch eine Ideologisierung und Radikalisierung innerhalb der weltpolitischen Ordnung des 20. und 21. Jahrhunderts, was den Nahostkonflikt auch zum Bestandteil der Globalgeschichte macht.

Um den Nahostkonflikt zu begreifen, ist es notwendig, weltweite historische Zusammenhänge zu verstehen. Damit zeigt der Nahostkonflikt beispielhaft, dass aktuelle weltpolitische Probleme nur erklärt werden können, wenn ihre geschichtliche Dimension erfasst wird. Diese historische Durchdringung macht zudem deutlich, wie schwierig es ist, eine stabile Lösung des Konflikts herbeizuführen. Der Nahostkonflikt ist auch im 21. Jahrhundert Teil der zentralen weltpolitischen Krisenherde.

## 1. Juden, Römer, Araber und Kreuzfahrer

### Biblische Ursprünge und Widerstand gegen die Römer

Die historische Forschung kann bis in das erste vorchristliche Jahrhundert nur ein unklares, sehr lückenhaftes Bild der jüdischen Geschichte liefern: Die historischen Ursprünge der jüdischen Religion und der Menschen, die an sie glaubten, mögen im mesopotamischen Raum gelegen haben, vielleicht sogar in der berühmten Stadt Ur. Einen zeitweiligen Aufenthalt der Juden in Ägypten wird es gegeben haben, wobei es sich wohl um einen allmählichen Zuzug gehandelt haben dürfte. Bei der Landnahme in Kanaan geht die aktuelle Geschichtsforschung nicht von einer gewaltsamen, einmaligen Eroberung, sondern von einem schrittweisen Zuzug von Einwanderern oder Rückkehrern aus Ägypten aus. Für das Bestehen eines vereinten Königreichs Israel und Juda im 10. Jahrhundert v. Chr. gibt es bis heute nur wenige Belege.

Erst seit dem 9. Jahrhundert v. Chr. sind die beiden jüdischen Staaten Juda und Israel bezeugt, die zunehmend unter den Druck des assyrischen Herrschaftssystems gerieten. Nachdem das Nordreich Israel bereits 722 seine Unabhängigkeit verloren hatte, kam ein großer Teil der judäischen Oberschicht in die sogenannte Babylonische Gefangenschaft (597–539 v. Chr.). Nachdem der Perserkönig Kyros II. im Jahr 539 v. Chr. das Babylonische Reich erobert hatte, erlaubte er die Rückkehr der Judäer in ihre Heimat. In Jerusalem erfolgte der Wiederaufbau des zuvor zerstörten Tempels als größtes Heiligtum der Juden. Im Laufe der Jahrhunderte wurde die Metropole Jerusalem zum kulturellen und religiösen Zentrum des jüdischen Volkes.

Im 1. Jahrhundert v. Chr. baute Rom seine Herrschaft in der Region des Nahen Ostens aus. Dieser Prozess gestaltete sich langwierig und konfliktreich, da gleichzeitig in einem erbitterten Bürgerkrieg zunächst Pompeius und Caesar und danach Marcus Antonius und Octavianus, der spätere Kaiser Augustus, um die Macht im Römischen Reich kämpften. 63 v. Chr. hatte Pompeius das Territorium zwischen Syrien im Norden und Ägypten im Süden für das Römische Reich erobert, darunter auch die Region um Jerusalem. Zunächst sah man in Rom von einer direkten Herrschaft über das Gebiet ab, verlangte aber von den Juden als besiegt Volk Tribut. Der aus Judäa stammende Herodes der Große übernahm 47 v. Chr. die Herrschaft über Galiläa und regierte schließlich im Auftrag Roms als König im gesamten eroberten Gebiet. Wegen seiner Grausamkeit ist Herodes bis heute bekannt: Mit Gewalt und Terror herrschte er über seine Untertanen, sorgte aber zugleich auch für die Neugestaltung des Zweiten Tempels.

Nach dem Tod des Despoten Herodes 4 v. Chr. erwies sich auch dessen Sohn Archelaos in der Nachfolge auf dem Thron als selbstherrlicher Tyrann. Kaiser Augustus verbannte ihn daher und gründete 6 n. Chr. die römische Provinz Judäa. Noch im selben Jahr beginnend kam es in der folgenden Zeit immer wieder zu Aufständen der jüdischen Bevölkerung, die von römischen Truppen schnell niedergeschlagen wurden. Die Römer gewährten den Juden zunächst relativ große Selbstständigkeit in ihrer Verwaltung (z.B. Gericht) und Ausübung ihrer Religion. Doch die jüdische Bevölkerung wurde wenig respektiert, musste hohe Abgaben zahlen und Zwangsarbeiten leisten. Die führte zunehmend zu einem Widerstreit zwischen römischen Herrschaftsinteressen und jüdischem Selbstständigkeitsstreben.

Der Widerstand der Juden richtete sich gegen die römische Fremdherrschaft



M 2



### M 3 Klagemauer in Jerusalem

Auf dem Tempelberg befindet sich die Klagemauer, die Reste des 70 n. Chr. zerstörten Tempels, ein wichtiges Heiligtum der jüdischen Religion. Im Hintergrund der Felsendom, eine wichtige religiöse Stätte des Islam, aktuelles Foto.

### M 4 Masada

Heute gehört die Bergfestung zum Weltkulturerbe der Unesco, Foto, 2018

als solche sowie gegen die Versuche, mit der Einführung des römischen Kaiserkults zunehmend die jüdische Religionsausübung zu unterdrücken. Als der römische Prokurator (Statthalter) Gessius Florus auch noch einen Teil des Jerusalemer Tempelschatzes forderte, begannen Teile der jüdischen Bevölkerung, sich zum offenen Kampf gegen die Besatzung zu rüsten. Ab 66 n. Chr. kämpfte unter anderem die Widerstandsgruppe der Zeloten in großen Teilen Judäas zunächst sehr erfolgreich gegen die römische Armee. Dieser Kampf, der als Großer Jüdischer Krieg bekannt wurde, kostete bis zu einem Drittel der Bevölkerung Judäas das Leben und endete 70 n. Chr. mit der römischen Eroberung Jerusalems und der Zerstörung des Zweiten Tempels. Ein Triumphbogen auf dem Forum Romanum, der sogenannte Titusbogen, erinnert bis heute an den römischen Sieg über die Juden. Die Fundamente des Tempels in Jerusalem bilden ebenfalls bis heute als „Klagemauer“ ein Zentrum jüdischer Identität, an dem Juden aus aller Welt beten und der Zerstörung des antiken Heiligtums gedenken. Eine Gruppe jüdischer Aufständischer konnte sich in der Felsenfestung Masada halten, aber die Römer gaben nicht nach: Acht Heerlager wurden um Masada herum angelegt. An der niedrigeren Westseite der Festung errichteten die Angreifer wahrscheinlich eine Belagerungsrampe, die bis an die Mauern der Festung heranreichte. Mit Rammböcken und anderen Belagerungsmaschinen gelang es den Römern schließlich, auch die Festung Masada einzunehmen. „Masada“ gilt vielen Juden bis heute als Symbol für einen erbitterten jüdischen Überlebenskampf gegen übermächtige Feinde.

Unter der Führung von Simon Bar Kochba („Sternensohn“) wehrten sich die Juden 132 n. Chr. erneut gegen die römische Fremdherrschaft in Judäa (Zweiter Jüdischer Krieg). Warum es wieder zum Aufstand kam, ist heute unklar: Sowohl Pläne zur Errichtung eines römischen Heiligtums an der Stelle des zerstörten Tempels in Jerusalem als auch die fortwährende Ausbeutung der Bevölkerung kommen als Ursache infrage. Wieder starben viele Tausende, wurden brutal hingerichtet oder versklavt. Die überlegenen Römer nannten ihre Provinz „Judaea“ nun in „Syria Palaestina“ um. Damit verfolgten sie das Ziel, keinen konkreten



Bezug zu den Juden mehr erkennen zu lassen. Jerusalem wurde zur römischen  
 80 Kolonie Aelia Capitolina, römische Tempel und Statuen wurden errichtet und Ju-  
 den wurde der Zugang zu ihrer heiligen Stadt verwehrt.

Der Bar-Kochba-Aufstand war der letzte Versuch des antiken jüdischen Vol-  
 kes, seine Unabhängigkeit zurückzuerlangen. Auch wenn schon zuvor viele Juden  
 außerhalb ihres ursprünglichen Reiches lebten, begann nun endgültig die Zeit der  
 85 Diaspora (griech.: „Zerstreuung“; hebr. Galut: „Exil“). Der letzte Rest eines ge-  
 schlossenen jüdischen Siedlungsgebietes im Römischen Reich war zerstört. Die  
 Juden lebten fortan in kleinen Gemeinden verstreut im Römischen Reich oder in  
 anderen Staaten des Mittelmeerraumes wie dem Perserreich. Um 300 n. Chr.  
 machten die Juden in Syria Palaestina nur noch ein Viertel der Bevölkerung aus;  
 90 bereits im 5. Jahrhundert war die Mehrheit der Einwohner Jerusalems christlich.

### Religiöse und kulturelle Konfliktpotenziale zwischen Christen und Muslimen in der Zeit der Kreuzzüge

In Palästina wechselte noch mehrfach die Herrschaft: Mit dem Untergang des  
 95 Weströmischen Reiches zum Ende des 5. Jahrhunderts n. Chr. geriet es zunächst  
 in persische Hand, um später eine Provinz des Byzantinischen Reiches zu werden,  
 das aus dem Oströmischen Reich hervorging. 636 bis 638 n. Chr. eroberten es  
 schließlich die muslimischen Araber. Mit der Gründung und Verbreitung des Islam  
 war zu Beginn des 7. Jahrhunderts n. Chr. eine neue muslimische Großmacht im  
 100 Mittelmeerraum entstanden. Große Teile der arabischen Halbinsel waren bereits  
 bis zum Tod des Religionsstifters Mohammed (632 n. Chr.) erobert. In der Folgezeit  
 drangen Mohammeds Nachfolger, die Kalifen, über den arabischen Raum hinaus  
 in weiträumigen Feldzügen über Afrika bis nach Spanien vor. Mit der raschen  
 Verbreitung des Islam entstanden auch sakrale Orte: Neben Mekka, mit der Kaaba  
 105 bis heute Zentrum der islamischen Welt, spielte auch Jerusalem eine wichtige re-  
 ligiöse Rolle. So soll der Prophet Mohammed in einer Nacht vom Engel Jibril  
 (Dschibril) auf seinem Reittier Buraq zuerst auf den Tempelberg in Jerusalem ge-  
 bracht worden sein, um von dort aus auf einer Himmelsreise Allah und die sieben  
 Paradiese zu sehen. Der Ort, an dem dies geschehen sein soll, ist der Felsen, der  
 110 im ehemaligen jüdischen Tempelbezirk in der Altstadt von Jerusalem liegt und  
 heute vom goldglänzenden Felsendom überragt wird – eines der Hauptheiligtü-  
 mer des Islams.

Der Islam betrachtet Anhänger der von ihm als verwandt anerkannten  
 „Schwesterreligionen“ Judentum und Christentum als „Leute des Buches“, da sie  
 120 über eine dem Koran ähnliche Offenbarungsschrift verfügen. Juden und Christen  
 wurde erlaubt, im Machtbereich des Islams zu leben und ihre Religionen auszu-  
 üben. Dabei waren sie den Muslimen jedoch nicht gleichberechtigt und zahlrei-  
 chen Einschränkungen unterworfen.

Palästina – „Filastin“, wie es im Arabischen heißt – wurde im Laufe der Jahr-  
 125 hunderte unter muslimischer Herrschaft wie fast alle Regionen Vorderasiens und  
 Nordafrikas weitgehend arabisiert und islamisiert, in seltenen Ausnahmefällen  
 auch zwangsweise. Doch gab es weiterhin eine jüdische und ebenso eine christli-  
 che Minderheit in Palästina; Jerusalem erlebte in frühislamischer Zeit sogar eine  
 Art Renaissance als Zentrum des Judentums. Die von Juden weltweit über Jahr-  
 130 hunderte hinweg überlieferte Hoffnung auf eine Rückkehr nach Jerusalem und  
 Palästina bekam dann ab dem späten 19. Jahrhundert n. Chr. unmittelbare politi-  
 sche Relevanz.



**M 5 Eroberung Jerusalems**

Miniatur aus dem 14. Jahrhundert. Die Kreuzfahrer nahmen die Stadt nach einem fünfwöchigen, verlustreichen Kampf am 15. Juli 1099 ein. Christliche und muslimische Chronisten berichten, dass die Kreuzfahrer nach der Erstürmung der Stadt ein grausames Gemetzel unter den Muslimen und den Juden anrichteten.

**Der Islam und Europa**

Auch für das christliche Europa waren die Stätten in und um Jerusalem, an denen das Christentum seinen Ursprung hatte, heilig. Aus diesem Grund entfaltete sich ab dem 7. Jahrhundert n. Chr. ein Konflikt zwischen dem christlichen Europa mit dem Byzantinischen Reich als östlichem Vorposten und der sich dynamisch ausbreitenden islamischen Welt. Nachdem Palästina 1071 n. Chr. von den muslimischen Seldschuken erobert worden war, richtete der byzantinische Kaiser Alexios I. Komnenos (1081–1118 n. Chr.) ein Hilfesuch an die abendländischen Fürsten und den Heiligen Stuhl in Rom. Papst Urban II. rief daraufhin am 27. November 1095 n. Chr. im französischen Ort Clermont dazu auf, die Christen im Osten und insbesondere das Heilige Grab in Jerusalem aus muslimischer Herrschaft zu befreien. Da die Grabeskirche bereits Jahrzehnte zuvor durch Muslime zerstört worden war und die islamischen Herrscher zudem verschiedene antichristliche Maßnahmen getroffen hatten, fand Urbans Aufruf breiten Anklang.

Zahlreiche Gründe – darunter Hoffnung auf materielle Vorteile und Beute, Ruhm und Ehre, Perspektivlosigkeit im damaligen Europa, aber auch echte Religiosität sowie religiöser Fanatismus und nicht zuletzt machtpolitische Motive – trugen zur Entstehung der Kreuzzugsbewegung bei, die 1096 n. Chr. zum 1. Kreuzzug und zur Eroberung Jerusalems mit einem schrecklichen Massaker unter der muslimischen, aber auch jüdischen Bevölkerung führte. Lange haben die Gräueltaten dieses Kreuzzuges und die folgenden bewaffneten Wallfahrten das Bild vom Christentum in der arabischen Welt geprägt. Die christlichen Ritter versuchten, sich in der Levante, also an der Ostküste des Mittelmeeres samt Hinterland, zu halten, wofür sie sogenannte Kreuzfahrerstaaten errichteten. Diese bestanden jedoch nur für eine begrenzte Zeit: 1291 n. Chr., also nach knapp zwei Jahrhunderten, waren die Kreuzfahrer aus Palästina wieder verschwunden. Bis ins 20. Jahrhundert n. Chr. hinein blieben Jerusalem und die heiligen Stätten der drei monotheistischen Weltreligionen – Judentum, Christentum und Islam – unter muslimischer Kontrolle.

**M 6 Die Kreuzzüge**



## 2. Die Sehnsucht nach einer jüdischen Heimstätte

### Der Zionismus

1896 erschien ein Werk, das Weltgeschichte machte: Der jüdische Schriftsteller und Journalist Theodor Herzl entwarf in seinem Buch „Der Judenstaat“ das Projekt eines jüdischen Nationalstaates. Im Jahr darauf trat auf Herzls Initiative in Basel der erste Zionistenkongress zusammen, der ein Grundsatzprogramm verabschiedete, welches zur Basis des sogenannten politischen Zionismus wurde.

Von 1891 bis 1896 arbeitete Herzl als Pariser Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse“. Unter dem Eindruck der sogenannten Dreyfus-Affäre (die fälschliche Verurteilung des französisch-jüdischen Hauptmanns Alfred Dreyfus wegen angeblichen Hochverrats), die Herzl aus nächster Nähe verfolgen konnte, kam Herzl zu der Auffassung, dass die bürgerliche Emanzipation der Juden in Europa gescheitert sei. Anknüpfend an Palästina-Visionen, welche deutsche und osteuropäische Autoren seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts formuliert hatten, und an eine traditionelle Sehnsucht nach Zion (= Jerusalem), die die Juden im Laufe von fast zwei Jahrtausenden nie ganz aufgegeben hatten, gelangte Herzl zu der Überzeugung, dass nur durch die Gründung eines jüdischen Staates ein freiheitliches Leben der Juden ohne antisemitische Vorurteile und Bedrohungen möglich sei. Herzls Überlegungen waren dabei unmittelbar von den Vorstellungen des Nationalismus geprägt, wie sie sich im 19. Jahrhundert verbreitet hatten. Ebenso wie andere Nationen strebte Herzl für die Juden eine Solidarisierung zu einer Nationalstaatsbewegung an, die zur Gründung eines souveränen Staates führen sollte. Diese Anschauung brachte Herzl in seiner Schrift „Der Judenstaat“ zum Ausdruck. Noch im selben Jahr erschien das Buch in englischer, französischer, russischer und hebräischer Übersetzung. 1902 folgte sein utopischer Roman „Altneuland“, in dem er sein idealistisches Bild eines künftigen Judenstaates ganz konkret ausformulierte. Herzls Werk fand große Resonanz, stieß aber auch auf Anfeindung. Durch sein politisches Engagement und vor allem seinen Vorsitz bei den Zionistischen Kongressen gab Herzl in den Folgejahren den verschiedenen zionistischen Organisationen in Europa eine gemeinsame Richtung.



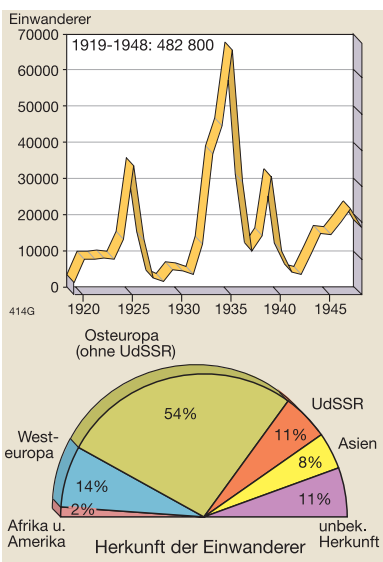
**M 7** Theodor Herzl

auf dem Weg nach Palästina, Foto, 1898

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hatte es, hauptsächlich aufgrund zunehmender Verfolgungen und Pogrome im zaristischen Russland, eine starke jüdische Emigrationsbewegung aus Osteuropa gegeben. Zwischen 1882 und 1914 verließen über zwei Millionen Juden Russland, hinzu kamen weitere jüdische Auswanderer aus Osteuropa. Von dem Wunsch getrieben, ein besseres Leben in Wohlstand, Sicherheit und Toleranz zu führen, floh die Mehrheit dieser Auswanderer nach Westeuropa oder in die USA. Eine Neigung, an biblische Traditionen anzuknüpfen und in das agrarische, industriell kaum entwickelte Palästina auszuwandern, verspürten nur wenige. So kamen zwischen 1882 und 1903 lediglich etwa 30 000 jüdische Einwanderer nach Palästina, das damals eine abgelegene Provinz des Osmanischen Reiches war. Nach dieser nur relativ kleinen Einwanderungswelle, die als erste von sechs „Alijot“ (Singular: Alija, „Aufstieg“) in die Vorgeschichte des modernen Israels eingehen sollte, verbreitete sich ab dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend der Wunsch nach einem eigenen Staat der Juden. Hintergrund hierfür war der anhaltende und sich in allen Gesellschaftsschichten immer weiter ausbreitende Antisemitismus in Mitteleuropa sowie die zunehmende jüdische Emigrationsbewegung aus Osteuropa.

### Jüdische Einwanderung nach Palästina – britische Versprechungen

Um der jüdischen Bevölkerung eine Art Autonomiegebiet in Nahost zu ermöglichen, musste die Unterstützung der damaligen Großmächte gesichert werden. Dies gelang zunächst nicht – Vorstöße beim osmanischen Sultan oder beim deutschen Kaiser blieben erfolglos. Doch im Kontext des Ersten Weltkrieges war es dann der britische Außenminister Lord Arthur Balfour, der den Juden schriftlich eine Heimstätte zusicherte (1917). Die sogenannte Balfour-Deklaration stand allerdings im Widerspruch zu Zusagen, die man von britischer Seite zugleich den Arabern gegenüber gemacht hatte, um deren Unterstützung im Krieg gegen das Osmanische Reich zu gewinnen. Schließlich widersprachen beide Verpflichtungserklärungen auch noch dem Inhalt des Sykes-Picot-Abkommens (1916), das schon während des Ersten Weltkrieges zwischen England und Frankreich geschlossen worden war und nach 1918 umgesetzt wurde: eine Aufteilung des Nahen Ostens in die Einfluss-Sphären der beiden europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich. Diese widersprüchlichen strategischen Absprachen und Zusicherungen säten in der ohnehin destabilisierten Region des Nahen Ostens Misstrauen und Unsicherheit und schufen so ein Konfliktpotenzial, das in den folgenden Jahrzehnten zum Nahostkonflikt heranwachsen sollte.



**M 8 Die jüdische Einwanderung nach Palästina (1919–1948)**

### Araber in Palästina

Mit inzwischen klarer politischer Zielsetzung verfolgten die Zionisten ihre Pläne konsequent weiter, förderten die Auswanderung von Juden nach Palästina und stärkten die Infrastruktur des Landes durch Städtebau und Landwirtschaft. Dabei rückte die nötige Auseinandersetzung mit der arabischen Bevölkerung nur langsam ins Bewusstsein der Zionisten und der britischen Mandatsmacht. So hatte sich Herzl kaum Interessengegensätze zwischen Juden und Arabern vorstellen können, hatte doch die jüdische Einwanderung in Palästina für die dort lebenden nichtjüdischen Gruppen in seiner Vorstellung nur Vorteile: steigende Grundstückspreise, eine Belebung des wirtschaftlichen Lebens und starkes Entwicklungspotenzial. Auch wenn das den Briten übertragene Völkerbundmandat zur „Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ vor-

sah, „dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina [...] beeinträchtigen würde“, entstanden zunehmend Konflikte mit der arabischen Bevölkerung.

Vielfach ging man auch nicht davon aus, dass die Araber in Palästina nach dem Ersten Weltkrieg zunehmend eine eigene nationale Identität entwickeln und Ansprüche auf einen unabhängigen Staat erheben würden. Man nahm vielmehr an, dass die Einwohner Palästinas zu einer umfassenden, großen „arabischen Nation“ gehörten, für die der geplante jüdische Staat an ihrem geografischen Rand akzeptabel sein würde – zumal man die Vorstellung eines weitgehend menschenleeren Landes Palästina pflegte, das erst durch Arbeit in Wert gesetzt und erschlossen werden musste. Eine Auseinandersetzung mit den Rechten der arabischen Bevölkerung fand vor diesem Hintergrund zunächst nicht statt. Im Gegensatz dazu entwickelte der Zionismus schon früh staatliche Züge wie eine eigene Hymne und Institutionen durch die eine Staatsgründung später erleichtert wurde. So unterstützte etwa der Jüdische Nationalfonds seit 1901 jüdische Siedler beim Landerwerb im britischen Mandatsgebiet.

### 3. Die Vorgeschichte des Staates Israel

#### Interessengegensätze

Dass in Palästina nationale Ansprüche von Juden und Arabern aufeinanderprallten, die nur schwer miteinander vereinbar waren, wurde spätestens in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen immer deutlicher. Der spätere israelische Premierminister David Ben Gurion brachte dies schon 1936 auf die Formel: „Wir und sie [die arabischen Palästinenser] wollen dasselbe: Wir wollen beide Palästina. Und das ist der grundsätzliche Konflikt.“

#### Palästinensischer und arabischer Nationalismus

Mit der zunehmenden jüdischen Einwanderung intensivierten sich die Gegensätze zwischen Juden und Arabern. Das politische Bewusstsein der Palästinenser schärfte sich und es entstand ein Nationalgefühl palästinensischer Prägung. Angesichts der Entstehung arabischer Regionalstaaten nach dem Ersten Weltkrieg konzentrierten sich auch die Araber in Palästina auf ihre engere Heimat als Bezugsrahmen einer eigenen Identität. Dieser arabische Palästina-Patriotismus erhielt seine besonders scharfe, zunehmend radikale Ausprägung dadurch, dass zugleich von zionistischer Seite Ansprüche auf ein eigenes Staatsgebiet in Palästina erhoben wurden. Unter den arabischen Palästinensern wuchs die Besorgnis, dass ihre Heimat Teil eines jüdischen Staatsgebiets werden könnte.

Für die Verschärfung der Konflikte in Palästina war aber auch die Nahostpolitik der Großmächte verantwortlich: Hatten die Briten den Arabern für ihre Unterstützung der Alliierten im Ersten Weltkrieg ein unabhängiges arabisches Großreich in Aussicht gestellt (Hussein-McMahon-Korrespondenz, 1915–1916), so erfüllten die Regelungen, die dann im Zuge der Auflösung des Osmanischen Reiches im Sykes-Picot-Abkommen getroffen wurden, diese Hoffnungen nicht. Zwar hatten Mitglieder der Familie der Haschemiten, die lange Zeit Schirmherren der Heiligen Stätten des Islams in Mekka und Medina gewesen waren, das Zweistromland („Mesopotamien“, heute Irak) und ein künstlich am Ostufer des Jordan geschaffenes Emirat „Transjordanien“ als Herrschaftsgebiete erhalten, andere arabi-



sche Regionen – Syrien etwa oder der Libanon und eben auch „Palästina“ – blieben aber unter der Kontrolle der Mandatsmacht. Der Traum von einem arabischen Großreich in Nahost – für das vor allem die Haschemiten an der Seite der Briten gegen das Osmanische Reich im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten – war aufgrund internationaler Großmachtpolitik und zugleich innerarabischer Gegensätze der regionalen Großfamilien zerplatzt.

### Der Nationalsozialismus und Palästina – Bürgerkrieg im Heiligen Land <sup>40</sup>

Die jüdische Einwanderung nach Palästina nahm indes – parallel zum Aufstieg des Nationalsozialismus, der Ausbreitung des Antisemitismus in Europa und dem Holocaust – immer weiter zu. Die Gesamtbevölkerung Palästinas entwickelte sich von 820.000 (1922) auf über 1,94 Mio. Einwohner im Jahr 1946. Eine Zählung 1922 ergab dabei etwa 94.000 Juden, 1946 waren es bereits mehr als 602.000 – eine Zahl, die sicherlich noch höher gewesen wäre, hätte Großbritannien als Mandatsmacht nicht durch eine restriktive Einwanderungspolitik den Zustrom weiterer jüdischer Flüchtlinge verhindert. Mit der zunehmenden Einwanderung von Juden nach Palästina steigerten sich die Ausbrüche von Gewalt zwischen Juden und Arabern und gegen die britische Mandatsmacht, die sich weigerte, das Gebiet als arabischen Staat in die Unabhängigkeit zu entlassen. Im arabischen Aufstand zwischen 1936 und 1939 erreichte der Konflikt seinen ersten Höhepunkt. Britische Versuche, Kompromisse zwischen den Konfliktparteien zu erreichen und Lösungspläne zu entwickeln, wie etwa der Teilungsplan der Peel-Kommission 1937, blieben erfolglos. Die Radikalisierung auf beiden Seiten führte bei Arabern und Juden zur Entstehung von Terrorgruppen sowie zu vermehrter Gewalt und veranlasste die Briten zu einschneidenden Maßnahmen (Reduzierung der jüdischen Einwanderung während des arabischen Aufstands). Damit wurde die räumliche, politische und wirtschaftliche Trennung von Arabern und Juden weiter verschärft und eine bereits bestehende eigene jüdische Infrastruktur verselbstständigte sich noch stärker.

Das Ende des arabischen Aufstands fiel in das Jahr des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs. Von jüdischer Seite wurden die Alliierten in diesem Krieg mit allen



**M 9** Arabische Aufständische

Foto, 1938

## 2 Veranstaltungen der Zionistischen Ortsgruppe München

**4**  
JULI

### Palästina 1935

Eine Reportage in 100 Bildern und 1 Schmalfilm von 45 Minuten Laufzeit von

**Dr. Nachum Gidalewitsch**

Donnerstag, 4. Juli, 20<sup>30</sup> Uhr im **Museumssaal** (vergl. Notiz u. Anzeige in dieser Nr.)

## Feier zum Todestage Theodor Herzls

**10**  
JULI

**Ansprache:**

**Rabbiner  
Dr. Joachim Prinz, Berlin**

Mittwoch, 10. Juli, 20<sup>30</sup> Uhr im **Museumssaal**, Promenadestr. 12

Eintritt: RM. 1.—, 1.50 und 2.—, Kategoriekarten in beschränkter Anzahl. Vorverkauf: ZOG, Schlosserstraße 2, Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2 und Kraus, Westenriederstraße 19. Mitglieder erhalten auf die Karten zu RM. 1.50 und RM. 2.— 50 Pfg. Ermäßigung (nur im Vorverkauf bei der ZOG)

### M 10 „Palästina 1935“

Veranstaltungsplakat der Zionistischen Ortsgruppe München, Juli 1935

Mitteln unterstützt, doch andererseits wuchs im Verlauf des Krieges und insbesondere vor dem Hintergrund des Völkermords der Nationalsozialisten an den europäischen Juden auch der entschlossene jüdische Widerstand gegen Einwanderungs-, Ansiedlungs- und Landkauf-Verbote der britischen Mandatsmacht in Palästina. Hintergrund dieser Verbote war der Versuch der Briten, die arabische Bevölkerung im Nahen Osten nicht zu verprellen und sie damit nicht ins Lager der Achsenmächte (das Deutsche Reich und seine Bündnispartner) zu treiben.

Für die Juden schien Palästina zusehends zu einem der wenigen sicheren Häfen zu werden, in dem sie nicht von Verfolgung und Vernichtung bedroht waren. Dies führte dazu, dass bei einer zionistischen Konferenz im Biltmore-Programm, welches im Mai 1942 im gleichnamigen Hotel in New York beschlossen und veröffentlicht wurde, ausdrücklich die Gründung eines jüdischen Staates gefordert wurde. In Anknüpfung an die Balfour-Declaration sprachen sich die Zionisten dafür aus, „dass Palästina als ein jüdischer Staat errichtet wird, der in das Gebäude der neuen demokratischen Welt integriert ist“. In den USA fand dies starke Unterstützung.

Auf arabischer Seite schloss der Großmufti Mohammed Amin al-Husseini eine Allianz mit den Nationalsozialisten. Von Oktober 1941 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs lebte er im nationalsozialistischen Berlin, wurde Mitglied der SS und betrieb Propaganda für Deutschland in arabischer Sprache. Er unterstützte dabei auch auf dem Balkan die Mobilisierung von Muslimen für die Waffen-SS und blockierte gezielt Fluchtwege für Juden. Als gesuchter Kriegsverbrecher fand er 1946 Asyl in Ägypten.

Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg eskalierte der Konflikt in Palästina weiter, wobei er sich immer mehr zu einer territorialen Auseinandersetzung zwischen arabischen Anrainerstaaten und jüdischer Bevölkerung in Palästina entwickelte. So wurde einerseits noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges im März

1945 ein Pakt der Liga der Arabischen Staaten geschlossen, dem die Königreiche Ägypten, Irak, Saudi-Arabien und Jemen, der Libanon und Syrien sowie das Emirat Transjordanien angehörten. Ziel dieser sogenannten Arabischen Liga war unter anderem der Versuch, den Zionismus aufzuhalten und die jüdischen Einwanderer in Palästina aus ihren Siedlungen, dem sogenannten Jischuw, zu vertreiben. Zu diesem Zweck wurde ein Wirtschaftsboykott gegen Juden beschlossen, der bereits am 1. Januar 1946 in Kraft trat.

### Die Gründung Israels

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gingen die zionistischen Bemühungen um die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina mit besonderer Intensität weiter. Viele der europäischen Juden, die entweder der Vernichtung durch das nationalsozialistische Regime durch Flucht ins Ausland entkommen waren oder die Vernichtungslager überlebt hatten und nun in DP-Camps (DP: Displaced Persons) festsaßen, fürchteten eine Rückkehr in ihre alten, oft zerstörten Heimatregionen. Dort bestanden zudem häufig noch antisemitische Vorurteile und Gewaltbereitschaft fort. Mit einer Auswanderung hingegen verbanden zahlreiche jüdische Menschen die Hoffnung sowohl auf einen sicheren, geschützten Neuanfang als auch auf einen eigenen, unabhängigen jüdischen Staat.

Unter diesem Druck verschärfte sich die Bereitschaft radikaler jüdischer Nationalisten in Palästina, eine Staatsgründung gegen die Briten als Mandatsmacht auch durch Gewalt und Anschläge zu erzwingen. Angesichts einer schweren Wirtschaftskrise war Großbritannien daran gelegen, sich des Landes und des Problems Palästina möglichst schnell zu entledigen. 1947 übergab das Empire den neu gegründeten Vereinten Nationen (UNO) als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes die sogenannte „Palästinafrage“ zur Lösung. Die UNO erarbeitete Pläne für die Unabhängigkeit, zunächst im Rahmen eines binationalen Staates, dann – als dies auf den Widerstand beider Seiten stieß – für einen arabischen und einen jüdischen Staat mit einem internationalisierten Gebiet Jerusalem. Diese Idee einer Teilung des ehemaligen Mandatsgebietes wurde als „Zwei-Staaten-Lösung“ bezeichnet und ist bis heute unter diesem Namen bekannt. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen beschloss dies mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit am 29. November 1947 in ihrer Resolution 181. Von arabischer Seite wurde der Teilungsplan abgelehnt, da es aus ihrer Sicht der UNO nicht zustand, über das Schicksal der in Palästina lebenden Araber zu entscheiden. Von weiten Kreisen der Zionisten wurde der Teilungsplan hingegen begrüßt, schuf er doch die Aussicht auf einen legitimierten Staat, der von vielen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft anerkannt werden würde.

Nach den Teilungsplänen der UNO sollte der jüdische Staat zu etwa einem Drittel die kleine, fruchtbar gemachte Küstenebene mit Galiläa und zu etwa zwei Dritteln das große unfruchtbare Gebiet der Negev-Wüste umfassen – etwa 56 Prozent des Mandatsgebiets Palästina ohne Jordanien. Der palästinensisch-arabische Staat sollte hingegen West-Galiläa, das Bergland von Samaria und Judäa, die südliche Mittelmeerküste und einen Wüstenstreifen entlang der ägyptischen Grenze einschließen. Nach dieser Verteilung hätten laut jüdischer Einwanderungsstatistiken im jüdischen Staat 498.000 Juden und 325.000 Nichtjuden gelebt, im arabischen Staat 807.000 Nichtjuden und 10.000 Juden. Die vorgeschlagene internationale Zone hätte 105.000 Nichtjuden und 100.000 Juden beheimatet. Aufgrund der unklaren Quellenlage werden diese Zahlen allerdings von palästinensischer

140 Seite bis heute bezweifelt, wobei die Zahl der Nichtjuden weit höher geschätzt wird. Im Anschluss an diesen Teilungsplan waren beide Seiten bereit, ihre jeweiligen Ziele auch mit gewaltsamen Mitteln weiterzuverfolgen: Es begann der erste Arabisch-Israelische Krieg, mit dem die Araber eine jüdische Staatsgründung verhindern wollten („Palästina-Krieg“), welche die Zionisten zu forcieren suchten („Israelischer Unabhängigkeitskrieg“).

145 Um die Gründung eines jüdischen Staates voranzubringen, waren auf jüdischer Seite durch die Jewish Agency, seit 1929 eine Non-Profit-Migrantenorganisation zur Verwaltung der jüdischen Angelegenheiten in Palästina, entsprechende Institutionen geschaffen worden. Ab dem Frühjahr 1948 gab es schon eine Art  
150 provisorisches jüdisches Parlament und eine vorläufige Regierung. Als 1948 die letzten britischen Truppen und der britische Hochkommissar das Land verließen, erfolgte nur Stunden später am 14. Mai 1948 die Verlesung der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel. Noch in der Gründungsnacht rückten Milizen aus Ägypten, Saudi-Arabien, Transjordanien, dem Libanon, dem Irak und Syrien gegen Israel vor. Dem jungen Staat gelang es jedoch in den folgenden Monaten, die  
155 arabischen Armeen erfolgreich zurückzudrängen. Dabei eroberte die israelische Armee auch Gebiete, die laut Teilungsplan den Arabern oder Jerusalem zugefallen wären. Als der Krieg 1949 endete, hatte der israelische Staat über 77 Prozent des ehemaligen Mandatsgebietes unter seiner Kontrolle.

160 Im Laufe des Krieges begann die Flucht bzw. Vertreibung vieler palästinensischer Araber, weshalb die Geburtsstunde Israels bis heute bei den Palästinensern und in der arabischen Welt im kulturellen Gedächtnis als Katastrophe („Nakba“) verortet ist. Nach heutigen Schätzungen wurden über 700.000 palästinensische Araber zu Flüchtlingen – etwa die Hälfte schon vor Beginn des ersten Arabisch-  
165 Israelischen Krieges, noch vor dem Eingreifen der arabischen Staaten in den Kon-



**M 11** Die Flagge des Staates Israel



**M 12** Staatsgründung in Tel Aviv

Der spätere israelische Ministerpräsident David Ben-Gurion verliest vor Vertretern aller Parteien am 14. Mai 1948 die Unabhängigkeitserklärung Israels, die am folgenden Tag in Kraft trat.



**M 13** Der Staat Israel 1949

flikt. Rund 65 Prozent der Flüchtlinge verblieben innerhalb der Grenzen des Mandatsgebiets. Etwa 14 Prozent gingen in den Libanon; in Syrien und Ostjordanien blieben jeweils etwa 10 Prozent. Viele der arabischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen leben bis heute an Orten, die aus Flüchtlingslagern entstanden sind.

Auf israelischer und palästinensischer Seite gingen die kollektiven Erinnerungen an den Krieg lange Zeit weit auseinander: Während auf israelischer Seite im Rahmen eines Staatsgründungsmythos das Narrativ eines Kampfes und Sieges gegen einen zahlenmäßig weit überlegenen Gegner im Vordergrund stand, wurde der Palästina-Krieg auf arabischer Seite als Vertreibungsgeschichte historisiert. Inwiefern Israel von Beginn an eine Vertreibung geplant hatte, wird bis heute in der Forschung diskutiert. Bis in die späten 1980er-Jahre hielt sich jedenfalls das nationale Narrativ in Israel, dass es sich um eine Massenflucht der Palästinenser auf Befehl der arabischen Führer gehandelt hätte. Eine Neubewertung der historischen Zusammenhänge, bei der die Verantwortung Israels für die Vertreibung thematisiert wurde, führte in der Folgezeit zu heftigen Auseinandersetzungen in Israel. Seit Ende der 1990er-Jahre wird die Nakba auch in israelischen Schulbüchern als grundlegendes, die palästinensische Bevölkerung prägendes Ereignis thematisiert, ebenso die Rolle des israelischen Staates und Militärs bei der Vertreibung.

Die Gründung Israels fand schließlich in der internationalen Gemeinschaft überwiegend Zustimmung: Aus der historischen Tradition heraus schien die Gründung eines jüdischen Staates in Nahost sinnvoll und in unmittelbar zeitgeschichtlicher Perspektive konnten hier viele Überlebende des Holocausts eine neue Zukunft aufbauen. Bereits zu Beginn der 1930er-Jahre war aufgrund des zunehmenden Antisemitismus die Notwendigkeit für die europäischen Juden, eine neue, sichere Heimat zu finden, immer dringender geworden. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten, der zunehmenden Ausgrenzung und Verfolgung im Verlauf der 1930er-Jahre und schließlich dem Beginn des Holocausts bot die Auswanderung nach Palästina vielen Juden häufig die einzige Möglichkeit, den antisemitischen Repressalien und dem Völkermord zu entkommen. Zwischen 1934 und 1948 wanderten ca. 115.000 Juden nach Palästina ein. Aufgrund von Restriktionen hielten die britischen Behörden ca. 51.000 Einwanderer auf Zypern fest und ließen sie erst nach der Unabhängigkeit des Staates Israel einreisen. Die jüdische Bevölkerung in Palästina stieg bis 1948 auf 650.000 an. Mit der Staatsgründung konnten dann Tausende Holocaust-Überlebende, die ihre Familien und ursprüngliche Heimat verloren hatten, nachfolgen und in Israel eine neue Heimstätte aufbauen. Zwischen 1948 und 1950 kamen etwa 250.000 Holocaust-Überlebende, die zuvor häufig noch in Übergangslagern in ganz Europa untergebracht waren, ins Land. Mit dem Rückkehrgesetz wurde es ab 1950 weltweit allen Juden ermöglicht, nach Israel einzuwandern.

## 4. Die Nahostkriege zwischen 1948 und 2008

Zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten hat es seit dem Tag der Staatsgründung vier Kriege gegeben – zahlreiche weitere Operationen, die den Charakter eines Krieges trugen, kommen hinzu.

### Der Unabhängigkeitskrieg

Die erste Bewährungsprobe für den neuen israelischen Staat kam unmittelbar, nachdem seine Gründung erklärt worden war. Die hierfür verbreitete Vorstellung vom Kampf eines israelischen „David“ gegen einen arabischen „Goliath“ ist aus heutiger Sicht jedoch eher dem israelischen Gründungsmythos zuzuschreiben: Eine hoch motivierte, straff organisierte und gut ausgerüstete israelische Armee stand unkoordinierten, schlecht ausgebildeten und unzureichend bewaffneten Einzelkontingenten arabischer Staaten gegenüber. Keines der arabischen Nachbarländer war mit seiner gesamten Armee im Einsatz, was in einer völlig unrealistischen Lageeinschätzung durch die Politiker der arabischen Seite begründet war. Diese glaubten nämlich, teilweise im Gegensatz zu ihren eigenen Militärführern, dass die militärischen Einheiten des eben erst entstandenen Staates Israel keine ernst zu nehmenden Gegner wären. Der Krieg – unterbrochen durch Waffenstillstände und begleitet von Friedensbemühungen der UNO – endete mit einem israelischen Sieg: Der neu gegründete Staat Israel war konsolidiert und hatte seine Überlebensfähigkeit unter Beweis gestellt.

Zur Gründung eines palästinensischen Staates, wie es im UNO-Teilungsplan vorgesehen war, kam es hingegen nicht. Zum einen kontrollierte Israel im Ergebnis des Krieges über drei Viertel des Gesamtterritoriums Palästinas, zum anderen hatten sich arabische Nachbarstaaten das verbleibende Territorium angeeignet, in welchem ein palästinensischer Staat hätte gebildet werden können: Der Gazastreifen wurde ägyptisch besetzt, Jerusalem und Regionen westlich des Jordans („Westjordanland“) wurden Jordanien zugeschlagen. Zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kam es bis Juli 1949 zu Waffenstillstandsvereinbarungen, keineswegs aber zu Friedensschlüssen. Israel hatte eine Ausdehnung erreicht, die bis Juni 1967 unverändert bleiben sollte. Alle Voraussetzungen für einen langen, komplizierten Konflikt waren gegeben. Die USA und die UdSSR erkannten den israelischen Staat sofort an, dessen Überleben der Ostblock durch Waffenlieferungen sicherte.

### Im Spannungsfeld des Kalten Krieges

Der israelisch-arabische Konflikt, von der Weltöffentlichkeit bis heute vor allem als ein Gegensatz zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wahrgenommen, geriet in den folgenden Jahren in das Koordinatensystem des Ost-West-Konflikts. Die Sowjetunion, die zunächst aufgrund anfänglicher sozialistischer Neigungen unter den Zionisten darauf gesetzt hatte, Israel zu einem Vorposten ihres Machtbereichs in Nahost zu machen, sah diese Hoffnungen nicht erfüllt. In der Folge begann man in Moskau, den Einfluss auf die arabische Seite auszubauen. Israel hingegen sah seine Interessen besser in einer Allianz mit dem Westen gewahrt. Aus dieser Konstellation ergab sich 1956 eine Zuspitzung vorhandener Spannungen.



**M 14** Kampf in Jaffa 1948

Araber kämpfen gegen israelische Streitkräfte kurz nach der Staatsgründung, Foto, 1948.



**M 15** Gamal Abdel Nasser  
(1918 – 1970)

Foto, Februar 1954

## Die Suezkrise

Ägypten hatte sich mehr und mehr aus der Abhängigkeit von Großbritannien gelöst und 1954 mit den Briten den Suez-Vertrag geschlossen, in dem britische und ägyptische Rechte in der Kanalzone abgesteckt wurden. Mit seiner Hinwendung zum arabischen Nationalismus vertrat der ägyptische Ministerpräsident Gamal Abdel Nasser allerdings auch eine aggressivere Haltung gegenüber Israel, dessen Existenzrecht er schließlich ablehnte. Von ägyptischer Seite aus wurden gegen Israel Verbalattacken geführt, aber auch konkrete Maßnahmen ergriffen: Ab 1950 war der Suezkanal für Israel gesperrt, ab 1955 auch der Golf von Akaba und damit Israels Zugang zum Roten Meer und zum Indischen Ozean.

Als Nasser am 26. Juli 1956 in einer aufsehenerregenden Rede die Verstaatlichung des Suezkanals verkündete und die volle ägyptische Souveränität beanspruchte, sahen Großbritannien, Frankreich und Israel dies als Anlass, gegen den zunehmend arabisch-nationalistisch auftretenden ägyptischen Präsidenten vorzugehen. Zunächst griffen israelische, dann auch französische und britische Truppen Ägypten an. Israel okkupierte den Gazastreifen sowie die Sinaihalbinsel und stieß bis zum Ostufer des Suezkanals vor. Frankreich und Großbritannien führten Luftlandeunternehmen in der Nähe des Suezkanals durch und bombardierten ägyptische Städte. Die Sowjetunion drohte öffentlich mit militärischer Intervention. Angesichts der Gefahr, im Nahen Osten an Einfluss zu verlieren, und verärgert über den Alleingang Israels, Frankreichs und Englands, übten die USA Druck auf die drei Angreifer aus. Beide Supermächte brachten das anglo-französische Unternehmen, das als Suezkrise in die Geschichte einging, vor die UNO und erzwangen auf diesem diplomatischen Weg den Rückzug der französischen, britischen und israelischen Truppen. Im Dezember 1956 wurden UN-Friedenstruppen an die israelisch-ägyptische Grenze verlegt, im März 1957 war die Krise beendet.

Der militärische Misserfolg wurde für den ägyptischen Präsidenten Nasser gleichwohl ein politischer Triumph: Er erreichte seinen Höhepunkt als Führungspersönlichkeit des arabischen Nationalismus. Auf dem Sinai wurden UN-Truppenkontingente stationiert, zugleich war der Einfluss der Sowjetunion im Nahen Osten gestärkt worden.

## Der Sechs-Tage-Krieg 1967

Die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel blieben auch in den folgenden Jahren angespannt. Im Frühjahr 1967 eskalierte die politische Lage erneut: Ägypten forderte die UNO auf, ihre Truppenkontingente aus dem ägyptisch-

### **M 16** Während des Sechs-Tage-Krieges 1967

Ein von der israelischen Armee auf ihrem Vormarsch zum Suezkanal außer Gefecht gesetzter ägyptischer Panzer. Im Hintergrund steigen Rauchwolken aus der auf der Sinai-Halbinsel gelenen Garnisonsstadt al-Arish auf, die von israelischen Truppen erobert wurde, Foto, Juni 1967.



israelischen Grenzbereich abzuziehen, und besetzte deren Stellungen sofort mit eigenen Einheiten. Als Ende Mai der Golf von Akaba durch Ägypten erneut für israelische Schiffe gesperrt wurde, aus den arabischen Hauptstädten die verbalen Attacken schärfer und militärische Abkommen zwischen Ägypten, Syrien und dem Libanon geschlossen wurden, war offensichtlich, dass es zu einem erneuten militärischen Konflikt kommen würde. Israel erklärte seinen Luftschlag am 5. Juni 1967 gegen die arabischen Nachbarländer mit der Notwendigkeit, einem koordinierten arabischen Angriff zuvorkommen zu müssen. Nachdem es die Luftwaffe seiner Gegner schon am ersten Kriegstag ausgeschaltet hatte, eroberte Israel in noch nicht einmal einer Woche den Gazastreifen und die Sinai-Halbinsel von Ägypten, das Westjordanland von Jordanien und die Golanhöhen von Syrien, weshalb diese militärische Auseinandersetzung als Sechs-Tage-Krieg bezeichnet wird.

Bereits am 10. Juni trat ein von der UNO zustande gebrachter Waffenstillstand ein. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verlangte im November 1967 in seiner Resolution 242 einen Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten, den Israel bis heute nicht vollzogen hat. Durch den Sechs-Tage-Krieg gab es eine neue palästinensische Flüchtlingswelle: Zwischen 175.000 (israelische Schätzung) und 250.000 (jordanische Schätzung) Palästinenser verließen die nun von Israel okkupierten Regionen und flohen in die arabischen Nachbarländer, nur wenige kehrten nach dem Krieg zurück.

### 105 **Der Yom-Kippur/Ramadan-Krieg 1973**

Der Ausgang des Sechs-Tage-Krieges war ein Schock für die arabische Welt. Als der ägyptische Staatspräsident Nasser 1970 plötzlich und unerwartet starb, beschloss sein Nachfolger Anwar as-Sadat, Israel erneut zu bekämpfen, um die verlorenen Regionen zurückzugewinnen. Durch eine Niederlage wollte er Israel zu Gebietsverhandlungen bewegen. Hinzu kam, dass innerhalb der ägyptischen Gesellschaft dringend Reformen nötig waren, um die Wirtschaft zu beleben. Da diese Maßnahmen von weiten Kreisen abgelehnt wurden, beabsichtigte der ägyptische Präsident Sadat, die ägyptische Gesellschaft durch einen siegreichen Krieg gegen Israel für seine Reformpläne zu gewinnen. Der syrische Präsident Hafiz al-Assad war wiederum an der militärischen Zurückgewinnung der Golanhöhen interessiert, um Syrien zu einer dominierenden Macht in Nahost aufzubauen. So kam es im Oktober 1973 am höchsten jüdischen Feiertag Yom Kippur, der damals mitten in den islamischen Fastenmonat Ramadan fiel, zu einem syrisch-ägyptischen Überraschungsangriff auf Israel. Der Vorstoß der arabischen Armeen im Golan und auf dem Sinai verlief zunächst erfolgreich. Auf die schnellen arabischen Siege folgte jedoch ein Gegenschlag: Israelische Truppen drangen tief nach Syrien und Ägypten ein. Die arabischen Öl-Staaten zeigten sich mit Syrien und Ägypten solidarisch und verhängten ein Öl-Embargo, das zwar weniger faktische, dafür aber starke psychologische Auswirkungen hatte, vor allem auf Europa. Die beiden Großmächte USA und Sowjetunion erreichten schließlich eine erneute Waffenruhe sowie den Rückzug der Armeen.

Durch den Krieg vom Oktober 1973 wurde eine Dynamik ausgelöst, die zu tief greifenden Veränderungen führen sollte. Stärkere Bemühungen der USA und der UdSSR setzten ein, eine Friedensregelung zu erreichen. In Israel kam es 1977 mit dem Ministerpräsidenten Menachem Begin und seinem konservativen Likud-Block zu einem Regierungswechsel, der die Möglichkeit eines Friedensprozesses eröffnete. Die bis dahin regierenden Arbeiterparteien mit ihren teilweise sozialis-



**M 17** **Israelische Soldaten an der Klagemauer**

Nach der Eroberung Ost-Jerusalems im Sechs-Tage-Krieg, 1967. Diese Fotografie stilisiert die kurz zuvor erfolgte Eroberung und wurde zu einer Bildikone.



tischen Zielen verloren die Mehrheit. In der Folge wurde die Wirtschaft mehr und mehr liberalisiert, vormals staatliche Unternehmen wurden privatisiert und es setzte ein allgemeiner Modernisierungsprozess in der israelischen Gesellschaft ein. Auch der ägyptische Präsident Sadat sah eine Gelegenheit, Frieden mit Israel anzustreben.

Der Yom-Kippur-Krieg von 1973 war der letzte Nahostkrieg, keineswegs aber der letzte kriegerische Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten. So begann 1982 nach zunehmenden Attacken auf das israelische Territorium vom Süd-Libanon aus eine militärische Libanon-Invasion. Auch dieser Konflikt wurde erst nach einer internationalen Intervention aufgelöst. Immer wieder gab es vom libanesischen Territorium aus gewaltsame Aktionen gegen Israel, woraufhin dann militärische Aktionen Israels gegen libanesischen Gruppen erfolgten, so etwa gegen die schiitische Hisbollah im Jahr 2006. Aber auch israelische Vorstöße gegen palästinensische Ziele im Gazastreifen und in der Westbank gab es immer wieder – vor allem von Gaza aus wurde Israel durch palästinensische Milizen beschossen.

## 5. Auf der Suche nach einem Frieden in Nahost

### Camp David, Oslo, Annapolis – und weiter?

Seit über einem Jahrhundert, also seit die Zahl der jüdischen Einwanderer nach Palästina zugenommen und die Suche nach einer jüdischen Heimstätte sich immer mehr konkretisiert hatte, gab es auch Überlegungen, wie man den jüdisch-palästinensischen Interessengegensatz friedlich auflösen könne. In der Realität aber waren sowohl der Weg zum Staat Israel als auch dessen mittlerweile über 60-jährige Geschichte von Gewalt bestimmt. Zwar gab es immer wieder Ansätze und Kontakte im Hinblick auf mögliche Friedensvereinbarungen, doch erst nach dem Yom-Kippur-Krieg 1973 kam es erstmals zu greifbaren Ergebnissen. Eine umfassende Friedensregelung steht für den Nahostkonflikt allerdings weiterhin aus. Was zunächst jegliche Bemühungen um Frieden von vornherein vergeblich machte, waren einander ausschließende Ansprüche beider Seiten auf das Territorium und entsprechende ideologische Einstellungen. Während die arabische Seite das Existenzrecht Israels nicht anerkannte und einige Araber die Vernichtung des israelischen Staates forderten, sah die israelische Seite die Palästinenser und deren Organisationen lange Zeit nicht als gleichwertigen Verhandlungspartner an, sondern vertraute vielmehr auf militärische Lösungen.

Erst unter der Ägide der UNO und der Großmächte USA und Sowjetunion kam Ende 1973 eine Nahostkonferenz in Genf zustande, bei der jedoch wichtige arabische Akteure wie die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) oder Syrien fehlten, da die PLO internationale Terroranschläge verübt hatte, in die Syrien verstrickt war. Dennoch wurde in Genf ein Truppenentflechtungsabkommen auf dem Sinai erreicht, das zum Rückzug Israels vom Ostufer des Suezkanals führte. Auch geistige Anstöße in Richtung Frieden und Verständigung gab es in den Jahren unmittelbar nach dem Yom-Kippur-Krieg 1973, so veröffentlichte etwa Nahum Goldmann, selbst überzeugter Zionist, 1975 ein Buch, in dem er ein Umdenken in Israel forderte: Israel dürfe nicht länger versuchen, durch die Sicherung einer möglichst breiten territorialen Basis seine Position gegenüber den Arabern militärisch zu festigen. Stattdessen müsse man auf die Palästinenser als ebenbürtige Verhandlungspartner zugehen. Ein dauerhafter Friede sei nur möglich, wenn Is-

rael den Arabern anbiete, ihnen für eine Anerkennung Israels Territorien zurückzugeben.

### 35 **Frieden zwischen Israel und Ägypten: Camp David**

Vor diesem Hintergrund kam es zu einer vorsichtigen, langsamen Annäherung zwischen Israel und Ägypten. Nach einem Aufruf des israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin an Ägypten, nicht nur Frieden zu schließen, sondern  
40 Freundschaft zu suchen, erklärte der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat sich 1977 bereit, vor der Knesset, dem israelischen Parlament, seine Vorstellungen von einem Frieden in Nahost darzulegen. Trotz heftiger Kritik aus dem arabischen Lager reiste der ägyptische Präsident am 19. November 1977 nach Israel, wo ihm das ganze Land einen überwältigenden Empfang bereitete.

45 Was aber für die einen eine Sternstunde und Vorstufe für Frieden und Zusammenarbeit war, bedeutete für die anderen einen Verrat an der arabischen Sache und an den Rechten der Palästinenser. Zwar wurden mit Sadats historischer Rede vor der Knesset Voraussetzungen für einen Frieden zwischen Israel und Ägypten geschaffen und die israelische Führung besuchte im Gegenzug sogar Ägypten,  
50 doch bildete sich gleichzeitig auch eine arabische Ablehnungsfront.

Trotzdem hatte ein Friedensprozess begonnen. Der amerikanische Präsident James Earl „Jimmy“ Carter lud Begin und Sadat auf seinen Landsitz in Camp David ein, wo erstmals seit der Gründung Israels ein Abkommen zwischen einem arabischen Land und Israel zustande kam – das „Rahmenabkommen über den Abschluss eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel“ vom 17. September 1978. „Land für Frieden“, lautete die Formel. Das Abkommen sah im Westjordanland und im Gazastreifen eine palästinensische Autonomie vor, über deren genauere Bedingungen multilaterale Verhandlungen unter Einschluss palästinensischer Vertreter geführt werden sollten. Zudem wurde der Rückzug Israels vom Sinai  
60 beschlossen. Israel sollte im Gegenzug nicht mehr von seinem größten Nachbarn bedroht werden. Dennoch blieben essenzielle Fragen, wie etwa das künftige Schicksal Jerusalems, weiterhin offen.

Was die westliche Welt als historische Chance ansah, als ersten Schritt hin zu einem umfassenden Nahostfrieden, galt vielen arabischen Staaten als ein Aufgeben  
65 wichtiger Positionen, als Eingehen auf die Wünsche der USA und eine Aufwertung



**M 18** „Camp David“

Menachem Begin, Jimmy Carter und Anwar as-Sadat, Foto, September 1978

Israels ohne adäquate Gegenleistung. Der israelische Ministerpräsident Begin und der ägyptische Präsident Sadat erhielten 1978 gemeinsam den Friedensnobelpreis. Westliche Politiker, darunter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), reagierten positiv auf die internationale Auszeichnung. Die Ostblockstaaten und die PLO lehnten die Entscheidung des Preiskomitees jedoch ab. Am 20. September 1978 trafen sich die Regierungschefs Algeriens, Syriens, Libyens und Jemens mit der PLO, um über Maßnahmen zur Bekämpfung der „Verschwörung gegen die arabische Nation“ zu beraten.

Die USA nahmen es in die Hand, den Fortgang des Friedensprozesses voranzutreiben, der aber nur langsam und zögernd Fortschritte machte. In Washington wurde am 26. März 1979 das Vertragswerk von Begin, Sadat und dem amerikanischen Präsidenten Carter unterzeichnet. Unmittelbar nach der Unterzeichnung verhängte die Arabische Liga ein Wirtschaftsembargo gegen Ägypten. Die Ermordung des ägyptischen Präsidenten im Oktober 1981 stand in direktem Zusammenhang mit seiner Israel-Politik. Bereits in einer Erklärung von 1979 hatte PLO-Chef Yassir Arafat seinen gewaltsamen Tod vorhergesagt. Dass Israel bis 1982 den Sinai räumte, war für die Gegner der israelisch-ägyptischen Verständigung irrelevant.

### Frieden – auch für die Palästinenser?

Das Vertragswerk sah aber auch eine Autonomie für die Palästinenser auf der Westbank und im Gazastreifen vor. Hier zeigten sich zwar nur sehr langsam Fortschritte, da über die Details auf arabischer und israelischer Seite auseinandergehende Vorstellungen bestanden, aber es setzte sich weltweit zumindest die Überzeugung durch, dass die Sicherheit des Staates Israel und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in Einklang gebracht werden mussten, um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen. Damit rückten die Palästinenser mehr und mehr in den Mittelpunkt der Diskussion über einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten; es ging nicht mehr primär um Friedensschlüsse zwischen Israel und seinen Nachbarn.

Andererseits blieb der Weg zu einem erfolgreichen Friedensprozess weiterhin mühsam, denn es existierten noch schwer überwindbare Hindernisse: Die Charta der PLO (1968) erkannte den Teilungsplan der UNO für Palästina nicht an, bezeichnete die Gründung des israelischen Staates als illegal und forderte die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung mit Waffengewalt. Israel weigerte sich daher, die PLO als Vertretung der Palästinenser und somit als Verhandlungspartner anzuerkennen. Es gab zahlreiche kleine Fortschritte und ebenso viele Rückschläge. Die Bemühungen um einen Frieden in Nahost, der auch die Palästinenser einschloss und mehr sein würde als nur eine vorübergehende Vereinbarung, waren zu einem Dauerthema der internationalen Politik geworden.

### Der Oslo-Prozess

Ein Durchbruch wurde möglich, als nach Neuwahlen in Israel 1992 die Arbeitspartei die Regierung bildete und Yitzhak Rabin Regierungschef wurde. Sein Außenminister wurde Shimon Peres, der als „Taube“, als Friedensbefürworter bekannt war und für Verhandlungen mit den Arabern gut geeignet schien. Die Nahostkonferenz von Madrid im Herbst 1991 hatte noch unter tief-greifenden, auch persönlichen Gegensätzen gelitten. Der Durchbruch kam aber nicht auf der politischen Bühne im Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit, sondern über halbprivate Kontakte zustande: Im Januar 1993 fanden in Oslo geheime Gespräche zwischen

115 Vertretern Israels und der PLO statt, über die zunächst noch nicht einmal die US-Regierung informiert war. Spektakulär und ganz neu daran war, dass erstmals von israelischer Seite Repräsentanten der PLO als Verhandlungspartner akzeptiert wurden. In Oslo einigten sich beide Parteien auf eine Prinzipienklärung, in der das weitere Vorgehen mit dem Ziel einer palästinensischen Autonomie und einer vertraglichen Regelung des israelisch-palästinensischen Verhältnisses festgelegt wurde. Zunächst aber, und das war vielleicht das Wichtigste, erkannten sich beide Seiten in einem Briefwechsel gegenseitig an. Die in Oslo ausgehandelte Prinzipienklärung wurde am 13. September 1993 in Washington vom israelischen Ministerpräsidenten Rabin und von PLO-Chef Arafat unterzeichnet, wobei der amerikanische Präsident Bill Clinton als Garant auftrat. In der Folge wurden verschiedene Einzelabkommen ausgehandelt und unterzeichnet, welche die Prinzipienklärung von Oslo mit Leben erfüllten. So wurde eine palästinensische Autonomiebehörde gegründet, der Rückzug israelischer Truppen aus einigen Regionen des Gazastreifens und der Westbank wurde vereinbart und zahlreiche Kompetenzen gingen von der israelischen auf die palästinensische Seite über.

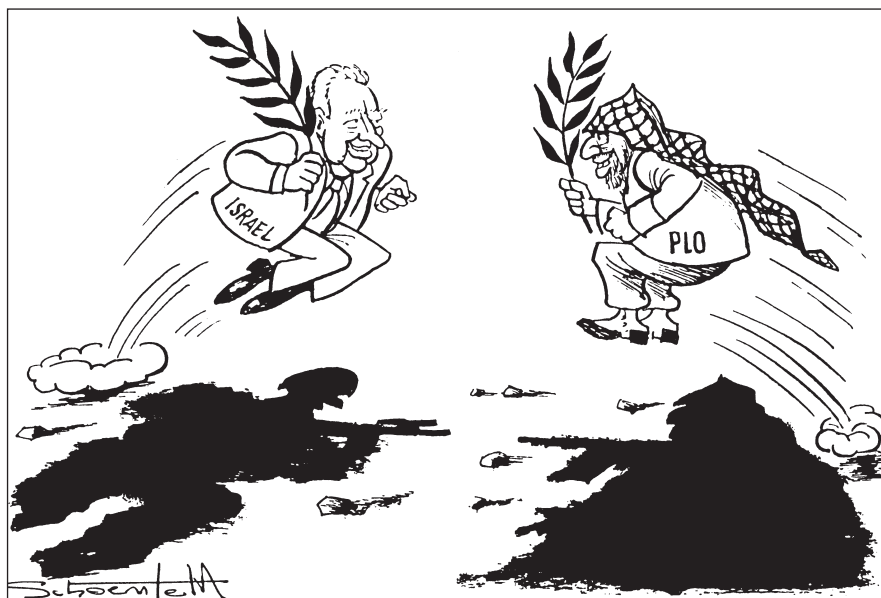
Auf der Grundlage von „Oslo I“ wurde dann im September 1995 ein weiteres ausführliches Vertragswerk unterschrieben, das den Titel „Oslo II“ trug und Detailregelungen für die Umsetzung der zuvor gefassten Beschlüsse traf. Die palästinensischen Territorien wurden in drei Zonen aufgeteilt: In Zone A sollten die Palästinenser weitgehende Autonomierechte erhalten; in Zone B hatte die palästinensische Autonomiebehörde zivile Befugnisse, Israel aber behielt die Sicherheitshoheit. In Zone C lagen die meisten israelischen Siedlungen, die seit 1967 gegründet worden waren; hier behielt Israel die vollständige Kontrolle.

Auf beiden Seiten stießen die Abkommen auf scharfe Kritik, auf internationaler Ebene aber wurden die Friedensbemühungen durch die Verleihung des Friedensnobelpreises 1994 an Rabin, Peres und Arafat gewürdigt. 1995 wurde Rabin Opfer eines Attentats, galt er doch radikalen israelischen Friedensgegnern als Verräter. Als Rabin am Abend des 4. November 1995 an einer großen Friedenskundgebung unter dem Motto „Ja zum Frieden, Nein zur Gewalt“ in Tel Aviv teilnahm, wurde er von Jigal Amir, einem israelischen Jurastudenten mit rechtsextremem, religiös-fanatischer Überzeugung, angeschossen. Rabin starb kurz darauf im Krankenhaus.



#### M 19 Gaza-Jericho-Abkommen

Israels Ministerpräsident Rabin und PLO-Führer Arafat besiegeln vor US-Präsident Clinton 1994 das Gaza-Jericho-Abkommen.



#### M 20 „Sprung über den eigenen Schatten“

Karikatur von Karl-Heinz Schoenfeld, 1993

Auch wenn die kühnen Hoffnungen, die man in den Oslo-Prozess gesetzt hatte, nicht wahr wurden, hatte mit ihm eine Art Friedensdynamik eingesetzt, ein Bann war gebrochen: Israel und die PLO hatten direkt miteinander verhandelt und sich formell gegenseitig anerkannt. Der Friedensprozess ging nur langsam und mühsam weiter. Auf beiden Seiten gab es in Detailfragen mehr Probleme und weniger Flexibilität als erhofft. Regierungswechsel in Israel führten dazu, dass die Bereitschaft zu Zugeständnissen an die palästinensische Seite zurückging und dass das Interesse nachließ, schnell zu einer Lösung zu gelangen, die zu einem unabhängigen Palästinenserstaat führen konnte. Auf palästinensischer Seite gewann die 1987 gegründete terroristische Organisation Hamas immer mehr an Einfluss. Seit 1993 verübte sie zunehmend Selbstmordattentate und andere Angriffe gegen israelische Zivilisten und Soldaten.

### Die USA und der Nahostfrieden

Parallel dazu nahm auch unter radikalen Teilen der palästinensischen Bevölkerung die Zustimmung zum Friedensprozess ab. Vor dem Hintergrund erneuter, steigender Gewalt in Nahost bemühten sich in den Folgejahren vor allem die USA mehr und mehr um einen praktikablen Frieden. Gerade in Hinblick auf die Bildung einer Koalition gegen den Irak benötigten die USA Rückhalt in der Region und damit auch das Wohlwollen und die Unterstützung der arabischen Partner. Die USA strebten daher an, die Friedensverhandlungen auf eine breitere internationale Grundlage zu stellen. So entstand das sogenannte Nahost-Quartett, in dessen Rahmen die USA, Russland, die EU und die Vereinten Nationen gemeinsam nach Lösungen suchten. Das Nahost-Quartett legte 2002 die sogenannte Roadmap vor, einen Plan, der bis 2005 zur Gründung eines palästinensischen Staates führen sollte. In der Roadmap wurde den Palästinensern, unter Vorbehalt einer demokratischen Reform der eigenen Behörden sowie einer Abkehr vom Terrorismus, ein unabhängiger Staat zuerkannt. Nach Erfüllung der Bedingungen sollte Israel die Gründung eines palästinensischen Staates anerkennen und sich aus dem Gazastreifen sowie dem Westjordanland zurückziehen. Die genaue Grenzziehung sollte im Verlauf weiterer Verhandlungen geklärt werden. Aber schon die ersten Schritte im Friedensprozess wurden von Attentaten der Hamas, der Al-Aqsa Brigaden und des Islamischen Jihad auf israelische Zivilisten überschattet. Da die palästinensische Seite damit ihre Verpflichtungen nicht einhielt, gab der israelische Premierminister Sharon bereits am 15. September 2004 bekannt, dass seine Regierung der Roadmap nicht weiter folgen werde.

Das Nahost-Quartett bemühte sich aber auch nach dem vorläufigen Scheitern der Roadmap um die Fortsetzung der Verhandlungen. Im Zuge dieses Prozesses ließ Ministerpräsident Ariel Scharon 2005 – gegen erheblichen Widerstand im ei-

**M 21** Palästinensische Demonstranten verbrennen die US-Flagge und die Flagge Israels

Gazastreifen, Foto, 2002



genen Land – die jüdischen Siedlungen im Gazastreifen räumen. Zugleich wurde hervorgehoben, dass für weitere Friedensbemühungen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Palästinenser und eine Bekämpfung des palästinensischen Terrorismus dringend nötig seien. Im Oktober 2005 forderte das Nahost-Quartett den syrischen Staat auf, die Büros des Islamischen Jihad in Damaskus zu schließen und so einen eigenen Friedensbeitrag zu leisten. Auch die freien Wahlen der Palästinenser vom 25. Januar 2006 wurden als ein weiteres Signal für einen beginnenden Friedensprozess angesehen. Infolge des Libanonkrieges (ab Juli 2006) stellte das Nahost-Quartett seine Aktivitäten dann jedoch zunehmend ein. Eine vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush nach Annapolis (Maryland) einberufene Konferenz im November 2007 zeitigte keine weiterführenden Resultate.

2009 trat eine neue israelische Regierung ihr Amt an, die zunächst Bedenken gegenüber einem palästinensischen Staat hatte. Erst infolge des Drucks, den der neue amerikanische Präsident Barack Obama ausübte, sprach sich der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erstmals für einen palästinensischen Staat aus – wenn auch mit zahlreichen Einschränkungen.

Wie die Erfahrungen der Geschichte zeigen, wird eine dauerhafte Friedensregelung zwischen Israel und den Palästinensern wohl noch einige Zeit benötigen – sowohl aufgrund prinzipieller Fragen als auch aufgrund immer wieder neuer tagespolitischer Ereignisse wie etwa Raketenangriffe auf den israelischen Staat, Bombenanschläge bzw. gewaltsame Übergriffe gegen die israelische Bevölkerung. Selbst bei grundsätzlicher Verhandlungsbereitschaft beider Seiten existieren konkrete Detailprobleme, die nach wie vor ungelöst sind: Zu diesen zählen etwa die die Fragen der Verteilung der Wasser-Ressourcen im Land. Wie in weiten Teilen des Nahem Ostens herrscht auch in Israel permanente Wasserknappheit. Der Jordan ist für die israelische Wasserversorgung daher von zentraler Bedeutung. Das Wasser wird aus dem Jordanbecken entnommen und über Leitungen im Land verteilt. Doch wer entscheidet über die Zuteilung der Wasser-Ressourcen bei einer Zwei-Staaten-Lösung? Auch die Frage nach einer Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge ist ungeklärt. Seit mittlerweile mehreren Generationen leben sie nicht mehr in Israel – sollen sie dennoch zurückkehren können? Was geschieht mit den jüdischen Siedlungen, die seit 1967 in den von Israel besetzten Gebieten gebaut werden, wenn ein eigener palästinensischer Staat entstehen sollte? Und welchen Status wird das von Israel verwaltete Jerusalem bei einer Zwei-Staaten-Lösung bekommen? Der politische Status der Stadt ist bis heute international umstritten und fester Bestandteil des Nahostkonfliktes. Nach der Eroberung Ost-Jerusalems im Sechstagekrieg 1967 wurde 1980 von Israel das sogenannte Jerusalemgesetz erlassen, das die Stadt zur „vereinigten und unteilbaren“ Hauptstadt Israels erklärte, aber international zunächst nicht anerkannt wurde. Erst im April 2017 erkannte Russland Westjerusalem als Hauptstadt Israels an. Bereits 1995 hatte der US-Kongress verkündet, dass Israel wie alle Staaten das Recht habe, seine Hauptstadt selbst zu bestimmen. Im Dezember 2017 beschloss der amerikanische Präsident Donald Trump die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, diese wurde am im Mai 2018 vollzogen. Jerusalem ist das Zentrum des politischen Geschehens Israels mit Sitz des Staatspräsidenten, der Knesset und des Obersten Gerichtes. Zugleich beansprucht die palästinensische politische Führung seit 1988 Jerusalem als Hauptstadt eines selbstständigen Palästinas. Wird Jerusalem bei einer Zwei-Staaten-Lösung Hauptstadt beider Staaten oder soll die Stadt geteilt werden?

## 6. Palästinensische Selbstorganisation: Zwischen Radikalisierung und dem Streben nach internationaler Anerkennung



**M 22** Flagge der Palästinensischen Autonomiegebiete



**M 23** Palästinensisches Flüchtlingslager in Jordanien bei Amman, Foto, 1969

### Arabischer oder palästinensischer Nationalismus?

Gibt es ein palästinensisches Volk? Kaum jemand würde heute diese Frage verneinen – vor hundert Jahren hätte sie jedoch kaum jemand bejaht. Damals war die „arabische Nation“ der Bezugsrahmen der meisten Araber. Die Vision eines geeinten arabischen Vaterlandes aber zerbrach an den machtpolitischen Realitäten des 20. Jahrhunderts. Die arabische Welt wurde aufgeteilt in Einzelstaaten, die mit der Zeit auch eigene Identitäten und einen genuinen Nationalismus entwickelten. Arabischer Nationalismus schlechthin hatte kein realistisches, konkretes Ziel mehr, je weiter die Schaffung eines großen arabischen Nationalstaates in die Ferne rückte oder gänzlich unrealistisch erscheinen musste. Ein spezifisch palästinensischer Patriotismus bzw. Nationalismus entstand dagegen erst in der Auseinandersetzung mit dem Zionismus. Mit dem Widerstand gegen die Ansprüche jüdischer Immigranten entstand allmählich auch eine palästinensische Identität.

Die Vorstellung von der Gründung eines autonomen palästinensischen Staates entwickelte sich nur zögerlich, da das politische Bewusstsein der Palästinenser erst entstehen musste und ein palästinensischer Staat auch von der internationalen Gemeinschaft lange Zeit nicht wirklich in Betracht gezogen wurde. Dabei waren selbst die arabischen Nachbarn Israels nicht primär an der Schaffung eines eigenständigen Staates Palästina interessiert. Insbesondere Jordanien wollte die Kontrolle über die von ihm besetzten Regionen westlich des Jordans behalten. Ägypten hingegen wollte verhindern, dass Gaza zur Keimzelle staatlicher Institutionen Palästinas wird.

### Die Palästinenser und ihr Verhältnis zu den arabischen Nachbarstaaten

Gleichzeitig wurde „Palästina“ zum Schlagwort im Rahmen des rhetorischen Repertoires arabischer Politik. Die arabischen Regime forderten, je nach Stimmung und Lage, einen arabischen Zusammenhalt als Voraussetzung für eine Befreiung Palästinas oder die Befreiung Palästinas als ersten Schritt zur Einigung der Araber. Die Weltöffentlichkeit nahm dabei den Nahostkonflikt vor allem als eine Auseinandersetzung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten wahr und sah das Flüchtlingsproblem als eine Herausforderung, um die sich vor allem die arabische Welt kümmern sollte. Die Palästinenser wurden als bedauernswerte Flüchtlinge gesehen, die in Lagern lebten, während ihre Gastländer, so die Meinung vieler westlicher Beobachter, ihre Integration vernachlässigten.

Allmählich festigten sich in den 1950er- und 1960er-Jahren aber die Strukturen der palästinensischen Organisationen in den Nachbarstaaten Israels. Jordanien wurde zum Zentrum palästinensischer Präsenz: Von hier aus wurden Anschläge gegen Israel durchgeführt, und die Palästinenser machten mit der Zeit mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Die Palästinenser waren innerhalb Jordaniens zum Staat im Staate geworden, zu einem wichtigen Machtfaktor, den der jordanische Staat kaum noch kontrollieren konnte. Als die Führung der Palästinenser mit der Unterstützung Syriens versuchte, in Jordanien die Macht zu übernehmen, ging der jordanische König Hussein I. 1970 in die Offensive und schaltete im sogenannten Jordanischen Bürgerkrieg die bewaffneten Einheiten der Palästinenser aus.

50 Nach hohen Verlusten von mehreren Tausend Menschen verließ die Palästinenserführung das Land. Jordanien gelang es in den darauffolgenden Jahren, einen großen Anteil der verbliebenen Palästinenser zu integrieren. Die palästinensischen Organisationen PLO und Fatah verlegten ihren Sitz und den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in den Libanon. Auch hier hatte der erhöhte Anteil der Palästinenser an der Gesamtbevölkerung weitreichende Auswirkungen: Die Palästinenser störten das Gleichgewicht zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Bevölkerungsgruppen in dem kleinen Land, das mühsam durch einen Religionen-Proporz in der Balance gehalten wurde. Die Palästinenser wurden in ihrem wichtigsten Gastland – ähnlich wie zuvor in Jordanien – in einigen Regionen zum Staat im Staate. Als Akteur auf der politischen Bühne des Libanons und als Machtfaktor im libanesischen politischen System trug ihre Präsenz 1975 auch zum Ausbruch des libanesischen Bürgerkriegs bei. Da Israel zunehmend Attacken aus dem Libanon ausgesetzt war, kam es 1982 zu einer israelischen Libanon-Invasion, zur Flucht vieler militanter Palästinenser und letztlich zur Ausreise der PLO-Führung nach Tunis.

### Zwischen Nationalstaatsbewegung und politischer Radikalisierung

Mit der Festigung palästinensischer Organisationen setzte auch eine palästinensische Nationalstaatsbewegung ein. So gründeten palästinensische Studenten an der amerikanischen Universität Beirut 1951 das Arab Nationalist Movement, und 1964 berief Ahmad al-Schukairi einen palästinensischen Nationalkongress nach Jerusalem ein. Dieser beschloss im Mai 1964 die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, die in ihrer Charta die Befreiung ganz Palästinas forderte. Auch eine palästinensische Befreiungsarmee wurde ins Leben gerufen, nachdem schon 1957 von einigen palästinensischen Studenten unter der Führung von Yassir Arafat, der später zum Führer der Palästinenser schlechthin werden sollte, die Fatah als Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas gegründet worden war. Die Fatah war es auch, die, anfangs noch nicht zur PLO gehörig, Mitte der 1960er-Jahre mit Anschlägen auf israelische Ziele begann. Auf palästinensischer Seite sah man terroristische Gewalt als ein legitimes Mittel des Kampfes um einen eigenen Staat an.

In den folgenden Jahren wurden PLO und Fatah der Weltöffentlichkeit vor allem durch Flugzeugentführungen und internationalen Terror bekannt. So wurde über die Geiselnahme bei den Olympischen Spielen in München 1972, als eine palästinensische Terrorgruppe israelische Sportler in ihre Gewalt brachte und elf

#### M 24 „Erinnerungsort Olympia-Attentat 1972“ in München

Foto, 6. September 2017, dem Tag der Einweihung





von ihnen tötete, in den Medien international berichtet. Vor dem Hintergrund solch terroristischer Gewalt blieb Yassir Arafat als Sprecher der Palästinenser heftig umstritten und wurde lange Zeit nicht als Verhandlungspartner anerkannt.

Eine erste repräsentative Anerkennung war die Gewährung des Beobachterstatus, den die PLO 1974 bei der UNO erhielt. Zugleich wurden Forderungen, den Palästinensern zu ihrem Recht zu verhelfen, von immer mehr internationalen Stimmen erhoben. Die Erklärung von Venedig der Europäischen Gemeinschaft forderte 1980: „Das palästinensische Volk, das sich bewusst ist, als solches zu existieren, muss in die Lage versetzt werden, durch einen [...] im Rahmen der umfassenden Friedensregelung definierten Prozess sein Selbstbestimmungsrecht voll auszuüben.“ US-Außenminister George P. Shultz trat 1982 vor der UNO für die legitimen Rechte der Palästinenser ein, nachdem sich US-Präsident Reagan gegen die Errichtung neuer israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten ausgesprochen hatte.

Nachdem dann die PLO die Vernichtung Israels aus ihrer Charta gestrichen hatte, wurden im Zuge des Oslo-Prozesses direkte Verhandlungen zwischen Israel und der PLO möglich. Mit den Vereinbarungen über eine palästinensische Teilautonomie entstand eine Art Keimzelle eines palästinensischen Staates. In diesem Zusammenhang entwickelten auch die Palästinenser als Volk ein neues Selbstbewusstsein und demonstrierten Entschlossenheit, sich als Nation zu konsolidieren und nicht nur eine Organisation, die PLO, für sich handeln und sprechen zu lassen.

1987 brach ein palästinensischer Volksaufstand gegen Israel aus, die sogenannte Intifada (arab.: „sich erheben, etw. loswerden, abschütteln“). Aus einer Situation wachsender wirtschaftlicher Probleme, Perspektivlosigkeit und Frustration unter der palästinensischen Bevölkerung kam es zu zivilem Ungehorsam, der in Gewalt mündete. Die Intifada dauerte bis in die 1990er-Jahre, entfaltete eine enorme nationale Mobilisierungsdynamik sowohl auf palästinensischer als auch auf israelischer Seite und schädigte durch den verübten Terror erneut die Friedensbemühungen in Nahost. Eine zweite Intifada begann 2000, als Ariel Scharon am 28. September den Tempelberg in Jerusalem, ein Heiligtum der Muslime, besuchte. Erneut brachen Terror und Gewalt aus.

### M 25 Intifada

Gewalttätige Auseinandersetzungen in Nablus (Westjordanland), Foto, 12. Dezember 1987



## 7. Die Spirale der Gewalt: Hintergründe und Deutungsansätze

### 5 Israel und die PLO

Nur vor dem Hintergrund der besonderen historischen Entwicklung der Geschichte im Nahen Osten können die Gegebenheiten und Bedingungen des nach wie vor bestehenden Konfliktes zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten verstanden werden. Radikale Haltungen und extremistische Strömungen unter Palästinensern, aber auch unter Israelis müssen neben eigenen ideologischen Zielen aller Konfliktpartner vor allem auch vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen gesehen werden: Beginnend mit der Frühgeschichte, über die Konflikte im Römischen Reich und während der Kreuzzüge im Mittelalter bis hin zu den imperialistischen Interessen europäischer Staaten im 19. und 20. Jahrhundert war der Nahe Osten mit Palästina und Israel stets auch immer ein Spielball globaler Entwicklungen. Mit der Entstehung und Verbreitung von Judentum, Christentum und Islam kam ein Ringen der drei monotheistischen Religionen um religiöse Deutungshoheit hinzu, das oft im Zusammenhang mit dem Anspruch auf sakrale Orte im Nahen Osten ausgetragen wurde.

Zeitgeschichtlich hatte vor allem der Antisemitismus und die Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden in der Shoah durch die Nationalsozialisten einen besonderen Einfluss auf die Entwicklungen im Nahen Osten und die Entstehung des Staates Israel. Nach den traumatischen Erfahrungen in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern, in denen viele Familien ausgelöscht worden waren und nur Einzelne überlebt hatten, wurde die Gründung des israelischen Staates sowohl von jüdischer als auch von internationaler Seite als existenzielle, überlebensnotwendige Forderung betrachtet. Der Genozid, den die Nationalsozialisten an Europas Juden verübt hatten, ließ nur bedingt Kompromisse mit den arabischen Ansprüchen in der Region zu – zu schwerwiegend waren die Erfahrungen des Völkermordes an sechs Millionen Jüdinnen und Juden. Die Hinwendung des Muftis von Jerusalem zu den Nationalsozialisten hatte zusätzlich für eine Verschärfung des Konfliktes gesorgt, die über die Zeit des Zweiten Weltkrieges hinausreichte. Zu einer harmonischen Koexistenz von Juden und Arabern, wie sie Herzl in seinem Roman „Altneuland“ als Vision skizziert hatte, konnte es bei so gegensätzlichen Positionen und angesichts der verhärteten Fronten nicht kommen. Aktion und Reaktion, eine Spirale von Vorurteilen und Gewalt förderte den Radikalismus auf beiden Seiten. Nachdem es bereits in den 1930er-Jahren vermehrt zu arabischen Gewalttaten gekommen war, radikalisierten sich jüdische Gruppen wie die „Irgun“ oder „Lechi“ in der Zeit des britischen Mandats und setzten ebenfalls Terror und Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele ein. Einem Anschlag aus diesen Kreisen fiel beispielsweise 1948 der UN-Beauftragte Graf Folke Bernadotte zum Opfer, der eine Friedensregelung aushandeln sollte.

### Die PLO

Die Palästinenser griffen, je mehr sie ihre nationalstaatlichen Bestrebungen als perspektivlos wahrnahmen, immer häufiger zum Mittel des Terrors: Überfälle auf Ziele in Israel gehörten ebenso dazu wie Terroranschläge im internationalen Raum. Berühmt waren die palästinensischen Flugzeugentführungen der 1970er-Jahre, Geiselnahmen und Angriffe auf öffentliche Stätten wie Hotels oder Behör-



**M 26** Deutschland, Israel und der Nahostkonflikt

Die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik sind nicht von der Geschichte zu trennen: Die Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nationalsozialisten mache es unmöglich, so der israelische Schriftsteller Amos Oz, dass es „normale“ Beziehungen zwischen Deutschland und Israel gebe – die Beziehung der beiden Länder werde immer eine „besondere“ sein.

Innerhalb des Nahostkonflikts nahm und nimmt die Bundesrepublik eine Haltung ein, die Bundeskanzlerin Angela Merkel am 18. März 2008 im israelischen Parlament Knesset folgendermaßen formulierte: „Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“ Foto, 18. März 2008.

den oder während der Olympischen Spiele in München 1972. 50

Bis heute halten große Teile der palästinensischen Bevölkerung und politischen Führung Terror und Gewalt vor allem gegen Israel, aber auch gegen Juden weltweit für ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele.

### Die Spirale der Gewalt 55

Als Grund für das Fortbestehen terroristischer Aktivitäten von palästinensischer Seite gegen den Staat Israel wird von vielen politischen Beobachtern – ohne die Anschläge legitimieren zu wollen – die ökonomische Lage der Palästinenser in Betracht gezogen: Je schlechter die wirtschaftliche Lage in den palästinensischen Regionen wird, je weniger konkrete politische Veränderungen hin zu einer Zwei-Staaten-Lösung feststellbar sind und je perspektivloser die Lage für die Palästinenser wird, als Volk in einem autonomen Staat zu leben, desto größer wird das Potenzial für Terrorismus und Selbstmordanschläge eingeschätzt. Diese Anschläge führen wiederum zu israelischen Angriffen in den palästinensischen Gebieten gegen terroristische Einrichtungen, bei denen häufig auch zivile Opfer zu beklagen sind. 60  
65

### Die Entwicklung der Hamas

1988 entstand aus den palästinensischen Muslimbrüdern – einer traditionsreichen, islamistischen Bewegung, die vor 80 Jahren in Ägypten gegründet worden war – die Organisation Hamas. Bei ihr handelt es sich um eine stark religiös geprägte Bewegung, die einen islamistischen Kurs verfolgt, der umso mehr Anhänger fand, je mehr sich die PLO im Zuge des Friedensprozesses internationalem Druck beugte und damit in den Augen vieler Palästinenser zu kompromissbereit wurde. 70  
75

Damit hatte sich neben der PLO eine zweite palästinensische Organisation gegründet. PLO und Hamas standen sich in ihrer jeweiligen ideologischen Ausrichtung gegenüber, wobei sie sich zeitweise sogar bekämpften und auch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft Zwietracht und Uneinigkeit in politischen Fragen verbreiteten. 80

Die Hamas – in Israel und den westlichen Staaten meist als Terrorgruppe wahrgenommen – ist als politische wie islamistische Organisation in weiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung durch seelsorgerische Funktionen und karitative Aktivitäten tief verwurzelt. Die schlechte soziale Lage in den palästinensischen Gebieten leistet dabei ihren antiisraelischen Ansichten Vorschub, während der PLO von vielen Klüngelwirtschaft und Korruption vorgeworfen wird. Dies schwächt die PLO als internationalen Verhandlungspartner im Friedensprozess und stärkt die Hamas, deren Charta weiterhin die Zerstörung Israels beinhaltet. 85  
90

### Siedlungsbewegung und palästinensische Autonomiegebiete 90

Analoge Entwicklungen zeigten sich auch auf israelischer Seite: Auch israelische Regierungen, die den Palästinensern nach Ansicht weiter Bevölkerungskreise in Israel zu weit entgegenkamen, mussten bei Wahlen Stimmenverluste hinnehmen. So verlor das linke Spektrum, vor allem die traditionell führende Arbeitspartei, die Mehrheit an den konservativen Block. In neuester Zeit haben sich noch weiter rechts stehende Gruppierungen gebildet, die – wie etwa „Unser Haus Israel“ des damaligen Außenministers Liebermann (2009) – an Regierungen beteiligt wurden. Zunehmend finden es selbst traditionell hoch motivierte und äußerst loyale isra- 95



**M 27** Potenzieller Selbstmordattentäter der Hamas

Foto, 2009



### M 28 Grenzmauer

Zwischen israelischen und palästinensischen Siedlungen, Foto, 2015

elische Soldaten schwer, die Linie ihrer Führung mitzutragen. „Breaking the Silence“ etwa ist eine Initiative israelischer Militärangehöriger, die offen über Menschenrechtsverletzungen und Übertretungen internationaler Normen im Zuge von Militäraktionen sprechen. Dabei ist „Breaking the Silence“ nur ein Beispiel für den Diskurs, der innerhalb der israelischen Gesellschaft bezüglich der eigenen Geschichte geführt wird.

Auf der anderen Seite zeigen sich innerhalb der israelischen Siedlerbewegung seit jeher radikale Strömungen: Im Gazastreifen (bis 2005) und vor allem im gesamten Westjordanland wurden seit 1967 zahlreiche jüdische Siedlungen angelegt und planmäßig ausgebaut, im Westjordanland bis heute mit starker Unterstützung durch staatliche Mittel. Dieses Vorgehen trug und trägt der Ideologie Rechnung, dass überall dort, wo eine historische jüdische Präsenz nachgewiesen werden kann, Juden siedeln dürften und dass sich Israel über ganz Palästina ausbreiten müsse.

Auch wenn nur ein Teil der israelischen Bevölkerung die Siedlungen in den von Israel besetzten Gebieten unterstützt, können diese heute als eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu einer Friedenslösung gelten. Knapp 600.000 jüdische Siedler lebten 2016 in Ost-Jerusalem und im Westjordanland (im Gazastreifen wurden die jüdischen Siedlungen 2005 geräumt). Der amerikanische Präsident Obama hat sich im Juli 2009 energisch gegen einen weiteren Ausbau der Siedlungen ausgesprochen, doch selbst Entscheidungen des obersten israelischen Gerichtshofes, illegale Siedlungen zu räumen, werden von den Behörden nur äußerst zögerlich umgesetzt. Im Dezember 2016 wurde Israel vom Uno-Sicherheitsrat in der Resolution 2334 aufgefordert, sämtliche Siedlungsaktivitäten einzustellen. Israel hingegen betrachtet die Golanhöhen und Ostjerusalem als annektiert. Die Siedlungen auf den Golanhöhen sind verwaltungstechnisch in den Nordbezirk des Staates Israel integriert, Ostjerusalem in den Bezirk Jerusalem. Die Siedlungen im Westjordanland werden regional bzw. lokal verwaltet.

In den Palästinensischen Autonomiegebieten im Westjordanland und dem Gaza-Streifen übt die Palästinensische Autonomiebehörde (abgekürzt PNA oder PA) nominell Regierungsfunktionen aus. Seit ihrer Einrichtung 1993 fanden allerdings nur wenige Wahlen statt. Nach Jassir Arafat (Wahl 1996) folgte Mahmud Abbas (Wahl 2005) als Nachfolger im Amt des Präsidenten. Am 25. Januar 2006 fanden die letzten Parlamentswahlen statt.

## 8. Zusammenleben von Juden und Arabern?



**M 29** „Peace is The Way“ und „Stop The Occupation“

Israelisch-palästinensische Friedensdemonstration in Tel Aviv, Foto, 2002

Juden und Araber waren und sind auf eine Koexistenz in ein und demselben Land angewiesen. 2014 lebten in Israel (das israelische Kernland ist, ohne die besetzten Gebiete, etwa so groß wie Hessen, erreicht also nicht ganz ein Drittel der Fläche Bayerns) über 8,3 Millionen Menschen, darunter sind etwa 6,1 Millionen Juden (ca. 73,5 %) und 1,7 Millionen nichtjüdische Araber (ca. 20,5 %). Die Mehrheit arabischer Israelis sind Muslime, eine Minorität unter den Arabern in Israel bilden Christen und Drusen. Dabei verteilen sich die Bevölkerungsanteile innerhalb Israels durchaus unterschiedlich: Es gibt Regionen, in denen Juden weniger als die Hälfte der Bevölkerung bildeten, so etwa im Norddistrikt des Landes.

Auch wenn Juden und Araber in einem Land leben und sogar in einem Staat, ist daraus nur bedingt ein wirkliches Zusammenleben geworden. Der Historiker Michael Wolffsohn kommt zu dem Schluss: „Ein Miteinander von Juden und Arabern gab es auch in den gemischten Städten eher selten. Das Nebeneinander war nie unproblematisch.“

Die beiden Intifada-Wellen, die Zunahme des Terrorismus aufgrund der nach wie vor fehlenden Anerkennung des israelischen Staates seitens der Hamas und anderer radikaler Palästinenserorganisationen und der israelischen Militärfaktionen in den besetzten Gebieten sowie das wiederholte Scheitern immer neuer Ansätze zu einer Friedensregelung haben in den letzten Jahren auch innerhalb Israels die gegenseitige Toleranz herabgesetzt und zu einer Negativentwicklung des Bildes vom jeweils anderen geführt.

Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung ist sich darüber einig, dass Israel ein jüdischer Staat ist und dies auch bleiben wird. Doch vor allem ist Israel eine Demokratie, in der auch Araber im Parlament vertreten sind, sich in etablierten Parteien politisch einbringen und sogar eigene arabische Parteien gründen können. Gemäß dem „Friedensindex“ der Universität Tel Aviv des Jahres 2006 sollen sogar 71 % der israelischen Araber die Meinung vertreten, sie seien lieber Staatsbürger Israels als irgendeines anderen Landes der Welt, auch wenn sich 90 % von ihnen zugleich für einen Palästinenserstaat aussprechen. Allerdings haben vor dem Hintergrund der negativen politischen Entwicklung auch Kritik und Ablehnung zugenommen: 1995 war die Universität Haifa noch zu dem Ergebnis gekommen, dass lediglich 7 % der arabischen Israelis das Existenzrecht Israels bestreiten; 2004 waren es bereits wieder 19 %.

**M 30** Straßenszene in der Großstadt Tel Aviv

Foto, 2006



## Zur Bevölkerungsentwicklung in den besetzten Gebieten

Nicht nur innerhalb Israels stellt sich das Problem des jüdisch-arabischen Zusammenlebens. Auch das besetzte Westjordanland ist mit Israel verflochten: Einerseits durch die zahlreichen jüdischen Siedlungen, die in den letzten 50 Jahren gegründet worden sind, andererseits aber auch durch die große Zahl von Arabern, die in Israel arbeiten. Auch die abgestufte Autonomieregelung hat viele Berührungspunkte und Reibungsflächen zwischen Arabern und Israelis geschaffen. Im Laufe der Jahre waren die Araber in den besetzten Gebieten immer stärker darauf angewiesen, in Israel zu arbeiten. 1970 waren schon 12 % der berufstätigen Palästinenser in Israel beschäftigt. Dieser Anteil stieg in den 1980er-Jahren auf zunächst ein Drittel, dann auf fast zwei Drittel. 1987, zur Zeit der ersten Intifada, fiel er stark zurück; 1992 erreichte er wieder 36 % (116.000 Araber), bis er 1994 auf eine Höchstzahl von 30.000 beschränkt wurde.

Die infolge von Anschlägen und Militäraktionen häufig erfolgende Abriegelung der besetzten Gebiete beeinträchtigt die Beschäftigung von Arabern aus diesen Gebieten in Israel stark. Die Verelendung der Westbank und Gazas hat dramatische Dimensionen angenommen, woraus eine deutliche Schwächung der PLO und ein Erstarken der radikalen Hamas resultierte. Aber auch die israelische Wirtschaft leidet immer wieder unter den Abriegelungen der besetzten Gebiete, ist sie doch auf die palästinensischen Arbeitskräfte aus der Westbank und aus dem Gazastreifen angewiesen. So ging mit der zweiten Intifada die Gesamtwirtschaftsleistung Israels zwischen September 2000 und September 2001 um 0,6 % zurück, in den palästinensischen Gebieten sank sie sogar um ca. 50 %. Zudem hatten Intifada und israelische Militäraktionen in den besetzten Gebieten starke Beeinträchtigungen des täglichen Lebens zur Folge: Ambulanzen kamen nicht zu den Patienten, Arbeiter nicht zu ihren Firmen, Bauern nicht auf ihre Felder, landwirtschaftliche Produkte nicht auf den Markt oder zum Exporthafen. In Israel litten vor allem Investitionsklima und Tourismus: Kamen im Jahr 2000 noch 2,6 Millionen Touristen ins Land, so lagen die Zahlen in den folgenden Jahren nur noch bei 1 bis 1,5 Millionen und fielen 2002 sogar auf deutlich unter eine Million. Trotz wieder steigender Tendenz konnte auch in den Jahren 2005/2006 die Zwei-Millionengrenze nicht mehr erreicht werden. Die israelische Auslandsverschuldung hat sich zwischen 1993 und 2005 unter den negativen Rahmenbedingungen immer wieder scheiternder Friedensbemühungen und damit verbundener Gewalt verdoppelt.

In jedem Fall drängt sich eine wirtschaftliche Symbiose zwischen einem künftigen Palästinenserstaat und Israel förmlich auf. Ein steiler Anstieg der Touristenzahlen in Israel sowie in Palästina wäre zu erwarten. Araber und Israelis hätten allen Grund, ihr Zusammenleben friedlich zu organisieren und positiv zu gestalten, denn das Land, das sie gemeinsam bewohnen, birgt beträchtliches Entwicklungspotenzial.



**M 31** Israel, das Westjordanland und der Gazastreifen  
aktuelle Karte

## Zusammenfassung

Der Nahostkonflikt hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts wie ein roter Faden durchzogen: Er gehört in Vergangenheit und Gegenwart zu den Dauerthemen der Weltpolitik. Kein Konflikt hat so viele kriegerische Auseinandersetzungen hervorgerufen und zugleich zu so zahlreichen und intensiven Friedensbemühungen auf höchster Ebene Anlass gegeben. Seine Konstanten sind bemerkenswert stabil:

- Kontinuierlich hoher und vielfach aggressiver arabischer bzw. palästinensischer Antisemitismus. 5
- Leugnung des Existenzrechtes des Staates Israel seitens der Hamas und anderer radikaler Palästinenserorganisationen, aber auch arabischer Nachbarstaaten. 10
- Immer wieder unternommene Terroranschläge auf die israelische Bevölkerung durch die Hamas und andere radikale Palästinenserorganisationen, aber auch durch arabische Nachbarstaaten. 15
- Unvereinbarkeit der Ziele der Konfliktparteien: Beide beanspruchen prinzipiell das gleiche Land; auf beiden Seiten gibt es Minderheiten, die von ihren Zielen nicht abgehen. 20
- Mangelnde Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten: Verhandlungen scheitern immer wieder an Details, bei denen sich letztlich kein Kompromiss erzielen lässt. 25
- Involvierung von Mächten außerhalb der Region, insbesondere Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion/Russland, USA, EU und UNO. 30
- Konfliktlösungsbemühungen von außen: UNO, EU, Sowjetunion/Russland, USA; verschiedene US-Präsidenten ergreifen Initiativen; „Nahost-Quartett“, das sich um Frieden bemühen soll (USA, Russland, UNO und EU). 35
- Implikationen: Öl (arabisches Embargo nach dem Yom-Kippur-Krieg 1973); internationale Verkehrswege (Sperrung des Suez-Kanals oder der Straße von Tiran); Stabilität des Mittelmeerraums; regionales Entwicklungspotenzial. 40
- Eskalationsgefahr. Früher: Involvierung arabischer Staaten; heute: Involvierung Irans. 45



**M 32** „Wir waren schon immer hier!“

Karikatur von Fritz Behrendt, undatiert

Der Nahostkonflikt gehört zu den Phänomenen, die einerseits weit in die Geschichte zurückreichen und auch nur aus der Geschichte heraus erklärt werden können, die andererseits aber unvermindert aktuell sind und auch in der Zukunft eine wesentliche Rolle in den internationalen Beziehungen spielen werden, denn eine Lösung ist kurz- oder mittelfristig nicht in Sicht. Der Nahostkonflikt hat wie kaum ein anderer Konflikt in der Weltgeschichte zu starker Emotionalisierung nicht nur bei den Beteiligten, sondern auch in der Weltöffentlichkeit geführt.

### Bildquellenverzeichnis:

akg-images GmbH, Berlin: 151. |alamy images, Abingdon/Oxfordshire: Pavone, Sean 142. |Baaske Cartoons, Müllheim: Behrendt, Fritz 170. |bpb-Bildagentur, Berlin: Scala 144. |fotolia.com, New York: Martin Schumann 162. |Getty Images, München: C. Kealy 166; Popperfoto 148. |Imago, Berlin: ZUMA Press 167. |Langner & Partner Werbeagentur GmbH, Hemmingen: 140. |Picture-Alliance GmbH, Frankfurt/M.: AFP 159, 164; Consolidated 157; dpa 153; dpa-infografik 169; dpa/AFP/Nackstrand, Sven 168; dpa/Fayez Nureldine 160; dpa/Hollander, Jim 165; dpa/Lehtikuva/Nukari, Jussi 168; KPA/TopFoto 154; Rumpf, Stephan 163; UPI 154. |Schoenfeld, Karl-Heinz, Potsdam: 159. |stock.adobe.com, Dublin: nikol85 151; white\_bggrd 142. |Süddeutsche Zeitung - Photo, München: 162; AP 155; S.M. 145. |Weigand, Wolf, München: 149.

Wir arbeiten sehr sorgfältig daran, für alle verwendeten Abbildungen die Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber zu ermitteln. Sollte uns dies im Einzelfall nicht vollständig gelungen sein, werden berechtigte Ansprüche selbstverständlich im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.